



- Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und Hessen
- Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2003
- Volkszählungen in Hessen von 1871 bis 1939
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Ganz kurz	190
Öffentliche Finanzen	
Nicht alles nur Theater . . .	
Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und Hessen. Von <i>Günter Rapior</i>	191
Sozialleistungen	
Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2003. Von <i>Berthold Müller</i>	200
Historische Fundgrube	
Volkszählungen in Hessen von 1871 bis 1939. Von <i>Ulrike Schedding-Keis</i>	209
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	212
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	213
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	214
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe	215
Außenhandel, Tourismus, Verkehr	216
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise	217
Steuern, Verdienste	218
Buchbesprechungen	Seite 220 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2004**
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de — Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Umschlagdesign: Vier für Texas Ideenwerk

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
. . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
x = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtete Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

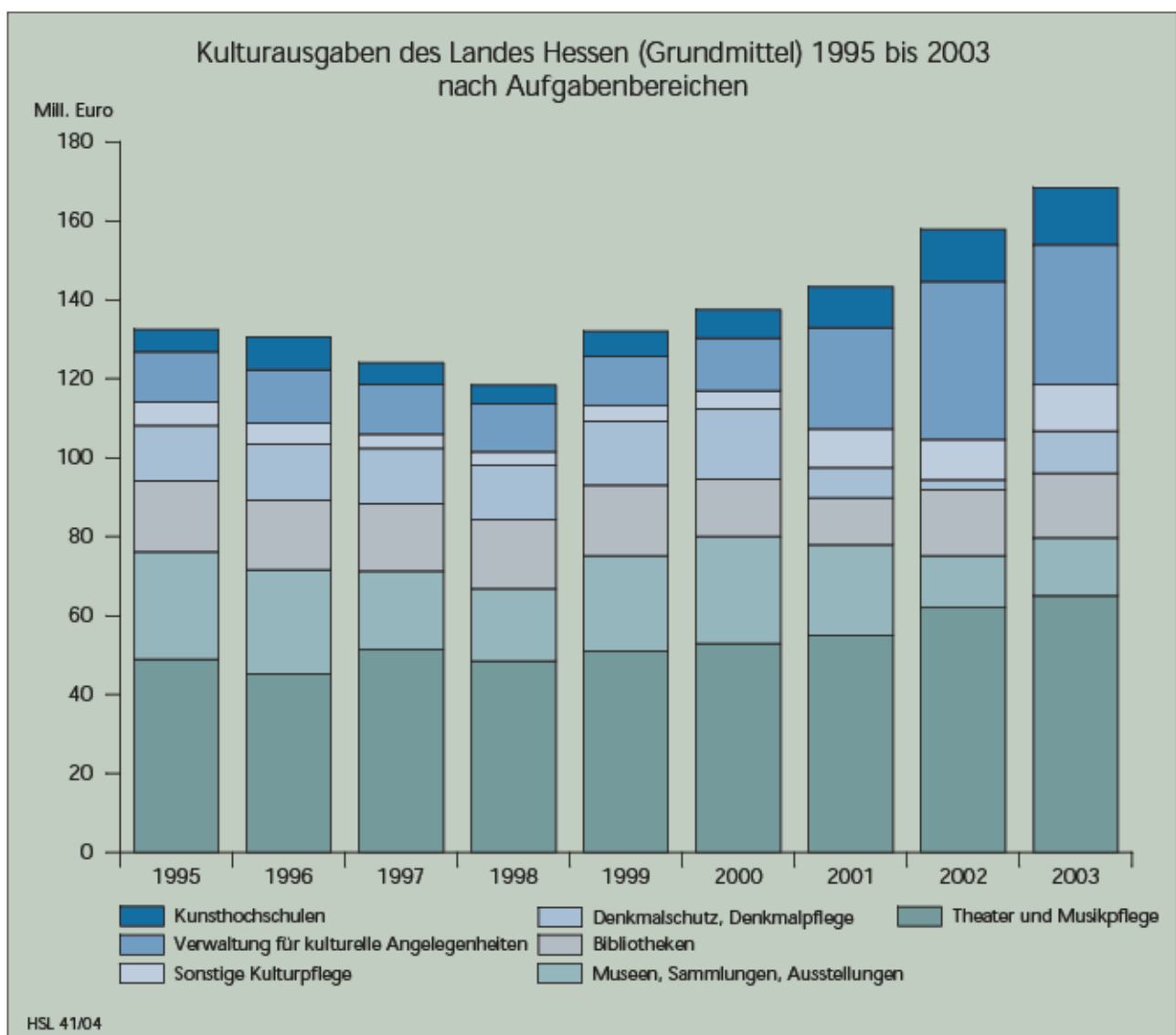
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

9 · 04

59. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Industrieumsätze weiter im Plus

Die positive Entwicklung in der hessischen Industrie hält an. Die Umsätze der hessischen Industrie lagen im Juli 2004 mit 7,3 Mrd. Euro um 2,5 % höher als vor Jahresfrist. Während die Auslandsumsätze um 9,7 % auf 3,1 Mrd. Euro zunahmen, verringerten sich die Inlandsumsätze um 2,3 % auf 4,2 Mrd. Euro. Der geringere Umsatzanstieg im Juli ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ein Arbeitstag weniger zur Verfügung stand als im Vorjahr. Von den „Branchenriesen“ konnte nur der Kraftwagenssektor eine beträchtliche Zuwachsrate von 33 % auf 1,2 Mrd. Euro erzielen. Dagegen mussten die Chemische Industrie und der Maschinenbau Umsatzeinbußen von 3,3 % auf 1,4 Mrd. Euro bzw. 6,1 % auf 750 Mill. Euro hinnehmen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lagen die Umsätze der hessischen Industrie mit 51 Mrd. Euro um 4,7 % höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Inlandsumsätze nahmen um 1,2 % auf 29 Mrd. Euro und die Auslandsumsätze um 9,5 % auf 22 Mrd. Euro zu. Der Beschäftigungsrückgang der hessischen Industrie hat sich abgeschwächt. Die Beschäftigtenzahl lag mit 426 900 um 1,9 % niedriger als vor einem Jahr, die Abnahmerate war damit die niedrigste seit 31 Monaten.

Hessische Straßen immer sicherer

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres verloren in Hessen 234 Menschen durch Verkehrsunfälle ihr Leben. Das waren 34 Getötete oder fast 13 % weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2003. Von der Polizei wurden insgesamt 14 471 Unfälle aufgenommen, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Dabei wurden außer den Getöteten noch 19 112 Personen verletzt. Dies waren gut 3 % weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Leichtverletzten ging im Vergleichszeitraum um fast 4 % auf 15 759 zurück, während diejenige der Schwerverletzten um etwa 1 % auf 3353 abnahm.

Hessische Waren im Ausland gut gefragt

Im ersten Halbjahr 2004 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 18,4 Mrd. Euro im Ausland absetzen. Damit stieg die Ausfuhr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2003 um 8 %. Bedingt auch durch die Erweiterung der Europäischen Union gehen annähernd zwei Drittel der Exporte in die Mitgliedstaaten der EU. Dabei nimmt allein die Euro-Zone 43 % der hessischen Ausfuhren auf. Bei der Ausfuhr in die EU kam es im Halbjahresvergleich zu einem Anstieg von knapp 8 %; bei der Euro-Zone war es ein Plus von knapp 6 %. Mit den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten war Hessen gut im Geschäft: Ihr Anteil an der gesamten Ausfuhr lag bei etwas über 8 %, der Zuwachs der Ausfuhr dorthin betrug mehr als ein Viertel. Insgesamt gelangten 72 % der hessischen Ausfuhren in die Staaten Europas. Im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 kam es zu einem Wachstum von gut 8 %. Weniger erfolgreich war die hessische Wirtschaft in den USA. Die Ausfuhr dorthin ging um etwas über

1 % auf 1,4 Mrd. Euro zurück, sodass der Anteil der USA an der hessischen Gesamtausfuhr auf unter 8 % sank. Die Ausfuhren nach Japan stiegen dagegen um 11 % auf 487 Mill. Euro, diejenigen in die Volksrepublik China sogar um über 22 % auf 650 Mill. Euro. China dürfte damit Japan nachhaltig vom Spitzenplatz in Asien verdrängt haben. Beide Länder hatten einen Anteil von jeweils etwa 3 % an den hessischen Exporten.

Absenkung der Gewebesteuerumlage lässt Einnahmen steigen

Die hessischen Gemeinden nahmen im ersten Halbjahr 2004 insgesamt rund 2,3 Mrd. Euro aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen ein. Das waren knapp 98 Mill. Euro oder gut 4 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Mehreinnahmen sind insbesondere Auswirkungen des Gemeindefinanzreformgesetzes. Auf Grund dieser Rechtsänderung wurde der Umlagesatz der Gewerbesteuer von 78 % im Jahr 2003 auf 46 % im Jahr 2004 gesenkt. Somit stiegen die Nettoeinnahmen aus der Gewerbesteuer (nach Abzug der an Land und Bund abzuführenden Gewerbesteuerumlage) um 168 Mill. Euro oder 16 % auf über 1,2 Mrd. Euro. Brutto lagen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer mit 1,45 Mrd. Euro nur um 27 Mill. Euro bzw. 2 % über denen des ersten Halbjahres 2003. Dagegen flossen mit insgesamt 656 Mill. Euro aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer fast 80 Mill. Euro bzw. 11 % weniger in die Gemeindekassen. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer machten fast 72 Mill. Euro aus und bewegten sich damit auf dem Niveau des ersten Halbjahres 2003 (+ 0,7 Mill. Euro oder 1 %). Der gegenläufigen Entwicklung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer und aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entsprechend haben sich die Steuereinnahmen der gewerbesteuerstarken Gemeinden in der ersten Jahreshälfte positiver entwickelt als die der anderen Gemeinden. So nahmen die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte zusammen um 103 Mill. Euro (+ 11 %) auf 1,06 Mrd. Euro zu. Von dieser Zunahme entfielen auf Frankfurt am Main rund 53 Mill. Euro (+ 8 %), auf Darmstadt 11 Mill. Euro (+ 23 %) und auf Wiesbaden 24 Mill. Euro (+ 16 %). In Offenbach am Main wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gut 10 Mill. Euro mehr an Steuern vereinnahmt (+ 24 %), in Kassel knapp 5 Mill. Euro (+ 6 %). Die Gewerbesteuereinnahmen der kreisfreien Städte nahmen netto um 120 Mill. Euro (+ 20 %) auf 714 Mill. Euro zu, während ihre Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 152 Mill. Euro um 19 Mill. Euro oder 11 % niedriger ausfielen. Die kreisangehörigen Gemeinden konnten im ersten Halbjahr dieses Jahres zusammen erst Steuereinnahmen von 1,26 Mrd. Euro für sich verbuchen. Dies waren 5 Mill. Euro weniger als im ersten Halbjahr 2003. Die Gewerbesteuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden lagen bei 513 Mill. Euro und damit 48 Mill. Euro oder 10 % über denen des ersten Halbjahres 2003. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer blieben allerdings mit 504 Mill. Euro um 60 Mill. Euro bzw. 11 % unter denen des ersten Halbjahres 2003.

Nicht alles nur Theater . . .

Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und Hessen

Auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gebietskörperschaften zwingt die anhaltend angespannte Lage der Haushalte zur Aufgabenkritik. Wenngleich auch nichts notwendiger ist als das Überflüssige, so bleibt die öffentliche Kulturförderung hiervon nicht ausgenommen. Auch über ihr schwebt das Damoklesschwert der Ausgabenkürzungen. Spätestens in dieser Situation wird die Verfügbarkeit valider Daten über die Kulturfinanzen — zur Deckung der Nachfrage nach einem inhaltlich wie qualitativ befriedigenden Datenangebot und als objektive, konsensuelle Grundlage der Diskussion — unerlässlich. Vor diesem Hintergrund widmet sich der aktuell durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vorgelegte „Kulturfinanzbericht 2003“¹⁾ vorrangig der Frage nach der öffentlichen Finanzierung von Kunst und Kultur. Dieser Beitrag referiert Grundlagen, Entstehung und Informationsgehalte des Kulturfinanzberichts 2003. Daneben und neben der Wiedergabe ausgewählter empirischer Ergebnisse verfolgt der Beitrag durchaus das Ziel, die kulturinteressierte Leserschaft — und wer gehörte hier nicht dazu — zur vertieften Auseinandersetzung mit dem Kulturfinanzbericht und seinen Fakten zu animieren.

Die gesamtwirtschaftliche Situation Deutschlands wird gegenwärtig überwiegend negativ eingeschätzt und beschrieben. Die öffentlichen Finanzen sind zweifellos in schlechter Verfassung. Nahezu universal wird der Schlüssel zur Lösung der „Krise“ in der Einsparung gesehen. „Alles muss auf den Prüfstand“ wurde zur Devise im Mainstream der Entscheider in Wirtschaft und Politik, unter dem Diktat des Allheilmittels „Sparen“. Alles? Auch die Kultur? — Zielführende Entscheidungen in Hinblick auf diese Fragestellung einerseits, die Prüfung der Auswirkungen von Entscheidungen zur Kulturfinanzierung andererseits, sind nur möglich, wenn über das Entscheidungsfeld hinreichende, verlässliche Informationen vorliegen. Weiße Flecken zeigte die kulturpolitische Landkarte bisher insbesondere auf den Gebieten der Kulturfinanzierung und hier in den Bereichen der öffentlichen Kulturausgaben und Kulturförderung.

Mit dem „Kulturfinanzbericht 2000“ hatten daher die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Jahr 2001 erstmals eine aussagefähige Statistik über die für Kultur aufgewendeten Mittel vorgelegt, die einen kompakten Überblick über die finanziellen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden für die verschiedenen Kulturbereiche und die unterschiedlichen Schwerpunkte dieses Engagements für das Referenzjahr 1998 verschaffte. Der zum Geleit des neuen Kulturfinanzberichts von der seinerzeitigen Präsidentin der

Kultusministerkonferenz, Frau Dr. Schavan, geäußerte Wunsch, dass der Bericht Anstöße für Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen zu geben vermöge, deren Ergebnisse für die in Aussicht gestellte Fortschreibung und Erweiterung des Berichts und den Aufbau einer umfassenden Kulturstatistik genutzt werden können²⁾, hat sich mit Blick auf den Kulturfinanzbericht schon weitgehend erfüllt. Mit dem Kulturfinanzbericht 2003 jedenfalls liegt wieder ein umfassendes, gegenüber der Novität 2001 deutlich erweitertes, Zahlenwerk über die Finanzierung der Kultur in der Bundesrepublik Deutschland — nun für das Referenzjahr 2001 — vor. Der Kulturfinanzbericht 2003 knüpft dabei unmittelbar an die Arbeiten des ersten Kulturfinanzberichts 2000 an, der auf große und durchweg positive Resonanz gestoßen war.

Über den informativsten Gehalt hinaus sind an dem Werk Herausgeber und Entstehung bemerkenswert. Herausgeber des Kulturfinanzberichts sind die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die den Bericht als Gemeinschaftsveröffentlichung publizieren. Die Statistischen Ämter haben — als anerkannt der Objektivität verpflichtete Einrichtungen — das Datenmaterial auf der Basis der laufenden amtlichen Statistiken, hier insbesondere der Finanzstatistik, zusammengestellt. Auswahl und Deskription des Datenmaterials aber wurden in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, der Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung und dem Deutschen Städtetag in dem Fachgesprächskreis Kulturstatistik erarbeitet.

Ausgangspunkt musste dabei natürlich die, angesichts der theoretischen Komplexität des Begriffs und der real allgegenwärtigen Manifestationen von Kultur, keineswegs einfache terminologische Klärung dessen sein, was unter Kultur verstanden werden soll. Es gelang die Einigung auf einen vertretbaren, erweiterten Kulturbegriff. Die gefundene, zugegebenermaßen pragmatische, Definition vermag nicht nur die nationalen, deutschen Vorstellungen abzudecken.

1) Kulturfinanzbericht 2003; Herausgeber: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Wiesbaden 2004. — Der Kulturfinanzbericht 2003 wurde als Buch und in elektronischer Form veröffentlicht. Die Printversion kann vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertrieb, 65175 Wiesbaden, zum Preis von 15 Euro (inkl. Versandkosten) bezogen werden. Für das Fachpublikum gibt es darüber hinaus ein umfangreiches, kostenpflichtiges Download-Programm zur Entwicklung der Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden im Zeitraum 1975—2003, in dem alle Grafiken und Tabellen sowie ergänzenden Informationen zur Kulturfinanzierung von Bund, Ländern sowie der deutschen kreisfreien Städte und aller Städte über 100 000 Einwohner sowie die elektronische Fassung des Kulturfinanzberichts (10 Euro) unter der Internetadresse <http://www.statistik-portal.de> zum Abruf bereitstehen.

2) Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht 2000, Geleitwort von Frau Dr. Annette Schavan, Präsidentin der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, S. 5, Wiesbaden 2001.

Sie entspricht auch weitgehend der auf Ebene der Europäischen Union vereinbarten Abgrenzung. Diese Harmonisierung macht auch internationale Vergleiche möglich und eröffnet perspektivisch entsprechende Erweiterungsoptionen für den Kulturfinanzbericht.

Was ist Kultur?

Unstrittige Kernbereiche öffentlichen Kulturrengagements sind die, auch bereits im ersten Kulturfinanzbericht dargestellten, durch die deutsche Haushaltssystematik definierten, Aufgabenbereiche

- Theater und Musikpflege,
- nichtwissenschaftliche Bibliotheken und Museen,
- Denkmalschutz,
- sonstige Kulturpflege sowie die
- Verwaltung kultureller Angelegenheiten.

Auf Ebene der Europäischen Union ist man aber schon seit einiger Zeit damit befasst, ein regelmäßiges Informationssystem über den Kultursektor aufzubauen. Dabei lehnt sich der von der Europäischen Union favorisierte Kulturbegriff an die Definition der UNESCO an und ist umfassender als derjenige der deutschen Haushaltssystematik. Der bestehende Bedarf an zuverlässigen und vergleichbaren Kulturstatistiken innerhalb der EU verlangt nach einem Mindestmaß an Harmonisierung der nationalen Herangehensweisen. Dieser Gedanke war Ausgangspunkt für die Konsensfindung zwischen Bund, Ländern und der, durch den Deutschen Städtetag vertretenen, Kommunalebene, die sich folgerichtig an den Abgrenzungen der EU orientierte.

So werden im Kulturfinanzbericht 2003 die wissenschaftlichen Museen und Bibliotheken sowie die auswärtige Kulturpolitik in die Kulturausgaben einbezogen. Bildungsausgaben im Bereich Kultur finden darüber hinaus immer dann Berücksichtigung, wenn es sich bei den Anbietern um kulturspezifische Einrichtungen handelt. Das heißt, Kunsthochschulen und Musikschulen sind einbezogen, nicht jedoch entsprechende Angebote an Universitäten und Volkshochschulen. Für den so genannten Kulturnahen Bereich werden allerdings im neuen Kulturfinanzbericht zusätzlich die, für die Kommunen wichtigen, Förderschwerpunkte Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung sowie die Ausgaben für Kirchliche Angelegenheiten nachgewiesen.

Ziele des Kulturfinanzberichts

Mit ihrer Kulturfinanzberichtserstattung verfolgen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mehrere Ziele. Vorrangig ist das Ziel, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und nicht zuletzt den Kulturschaffenden sowie der Interessierten

3) Kulturwirtschaft in Hessen — 1. Hessischer Kulturwirtschaftsbericht; Herausgeber: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung; Wiesbaden, 2003.

Öffentlichkeit eine möglichst zeitnahe und inhaltlich umfassende, solide und objektive Informationsgrundlage zu den Fragen der öffentlichen Kulturfinanzierung zu bieten. Basisziele des Kulturfinanzberichts 2003 waren somit die Aktualisierung der mit dem Kulturfinanzbericht 2001 vorgelegten Daten sowie die Erweiterung seines inhaltlichen Spektrums. Des Weiteren sollen die Kulturfinanzberichte die verflochtenen Finanzierungsstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen im Kulturbereich transparent machen. Dabei werden folgende Informationen über die Kulturbereiche fokussiert:

- Höhe der allgemeinen Haushaltsmittel,
- Entwicklung der allgemeinen Haushaltsmittel,
- Verteilung der Kulturaufwendungen auf Bund, Länder und Gemeinden,
- Verteilung der Kulturausgaben auf die Kulturbereiche,
- Beteiligung der privaten Haushalte an der Kulturfinanzierung.

Sicher sind wichtige Bereiche des Kultursektors in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert. Hierzu gehören die Musikproduktion, das Verlagswesen sowie der Kunst-, Musik- und Buchhandel. Deren finanzielle Aktivitäten werden bewusst — unter Ausklammerung der Fragen nach der Zulässigkeit der Vermischung von Kultur und Wirtschaft und der Unterwerfung der Kultur unter das Primat der Ökonomie — nicht in dem Kulturfinanzbericht, wohl aber in den Kulturwirtschaftsberichten, die einige der Bundesländer herausgeben, dargestellt. Der 1. Hessische Kulturwirtschaftsbericht wurde im Jahr 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt³⁾. Ihm liegt eine weit greifende, umfassende Definition des Kulturbetriebs zu Grunde, der sich aus der marktorientierten Kulturwirtschaft, der freien Kulturszene und dem öffentlichen Kulturbereich zusammensetzt. Für den öffentlichen Kulturbereich nimmt der hessische Kulturwirtschaftsbericht ausschließlich Rekurs auf den Kulturfinanzbericht 2000.

Das Ausgabenkonzept des Kulturfinanzberichts

Für das Verständnis des Kulturfinanzberichts wichtig ist, neben dem Wissen über den ihm zu Grunde gelegten Kulturbegriff und seine Zielsetzungen, die Kenntnis des angewandten Ausgabenkonzepts. Die Finanzstatistik spiegelt die unterschiedlichen Ausgabearten der öffentlichen Haushalte — Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben — wider. Sie grenzt sie unter verschiedenen Blickwinkeln der Betrachtung der öffentlichen Haushalte im gesamtstaatlichen Finanzgefüge nach unterschiedlichen Ausgabekategorien — unmittelbare Ausgaben, Bruttoausgaben, Nettoausgaben, Grundmittel — ab. Welche dieser Ausgabekategorien den Analysen zu Grunde gelegt wird, hängt von den Zielen der jeweiligen Untersuchung, dem jeweiligen Erkenntnisinteresse ab.

Für die Analyse der öffentlichen Kulturfinanzen ist das Konzept der Grundmittel am besten geeignet. Mit den Grundmitteln werden adäquat die von den öffentlichen Haushalten für den Kulturbereich zu tragenden finanziellen Lasten beschrieben. Bei den Grundmitteln handelt es sich um die Ausgaben eines Ausgabenbereichs, abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich⁴⁾. Die Grundmittel zeigen also nur, aber exakt, die aus den eigenen allgemeinen Haushaltsmitteln der Gebietskörperschaften — den Steuern, Finanzzuweisungen, Krediten und Rücklagen — finanzierten Ausgaben im Kulturbereich.

Die Höhe der Grundmittel ist weitgehend unabhängig von der Organisationsform der entsprechenden Kultureinrichtung (Einrichtung mit Kapitel im Haushalt, Eigenbetrieb, private Einrichtung). Dies ist insofern von großer Bedeutung, als in den vergangenen Jahrzehnten Kultureinrichtungen in einem großen Umfang aus den Haushalten ausgegliedert wurden. Heute führen viele Gebietskörperschaften ihre Kultureinrichtungen in der Form von Eigen- bzw. Landesbetrieben oder als private Einrichtungen (z. B. als GmbH). Andere Gebietskörperschaften unterhalten wiederum keine eigenen Einrichtungen, sondern fördern private Organisationen (z. B. gemeinnützige Gesellschaften mbH, Kulturvereine). Die Ausgaben dieser Einrichtungen erscheinen im öffentlichen Haushalt nur in Höhe der an sie gezahlten Zuschüsse.

Das gewählte Ausgabenkonzept beeinflusst die jeweils ermittelte Höhe der Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden absolut sowie deren relative Position im Vergleich der Gebietskörperschaften. Grenzt man die Kulturausgaben beispielsweise nach dem Konzept der unmittelbaren Ausgaben ab, so betrug im Jahr 2001 der Anteil der Länder 37 %. Auf die Gemeinden entfielen gut 52 % und auf den Bund weitere 10 %. Nach dem Konzept der Grundmittel jedoch belief sich der Anteil der Länder auf 43 %, der der Gemeinden auf 45 % und der des Bundes auf 12 %. Allerdings geben nur die nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzten Kulturausgaben die tatsächliche finanzielle Lastenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften wieder.

Für den Vergleich der Kulturausgaben einzelner, insbesondere kleinerer Einheiten, beispielsweise von Städten, wurde es als sinnvoll erachtet, nur auf die so genannten laufenden Grundmittel abzustellen. Mit den laufenden Grundmitteln wird der Fokus auf die Darstellung der laufenden Betriebsausgaben (Personalausgaben und laufender Sachaufwand abzüglich der laufenden Einnahmen) gelegt. Dadurch bleiben die häufig starken jährlichen Schwankungen unterliegenden Investitionsausgaben, die den unmittelbaren Vergleich erschweren, unberücksichtigt.

4) Bei der Einnahmehöhe gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den Kultursparten und einzelnen Einrichtungen. Einige Kulturbereiche (z. B. Theater) finanzieren über Eintrittsgelder einen erheblichen Teil der Ausgaben, während die Aufkommen aus den Nutzungsentgelten der Bibliotheken in aller Regel relativ gering sind.

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Kultur in Deutschland¹⁾ 2001 nach Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppen	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Anteil am BIP ²⁾ in %
Bund	1 038,5	12,6	0,05
Länder (ohne Gemeinden)	3 592,8	43,6	0,17
Gemeinden	3 723,2	45,2	0,18
Insgesamt	8 354,5	101,5	0,40
dar. Hessen ³⁾	426,6	70,3	0,23

1) Ausgaben nach dem Grundmittelkonzept. — 2) Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands bzw. Hessens 2001. — 3) Land und Gemeinden.

Kulturausgaben in Deutschland

Insgesamt gab die öffentliche Hand — also Bund, Länder, Kommunen und ihre Zweckverbände — im Jahr 2001 rund 8,4 Mrd. Euro für Kultur aus. Die Ausgaben der öffentlichen Hand für Kultur werden in Deutschland maßgeblich von den Ländern und Gemeinden bestritten. Dabei haben im Jahr 2001 die Gemeinden mit Ausgaben in Höhe von 3,7 Mrd. Euro den größten Anteil an den Kulturausgaben (45 %) getragen. Die Kulturausgaben der Länder (einschl. der Stadtstaaten) beliefen sich auf 3,6 Mrd. Euro (43 %), während der Bund gut 1 Mrd. Euro (12 %) für kulturelle Zwecke zur Verfügung stellte.

In Relation zur Wirtschaftskraft Deutschlands erreichten die öffentlichen Ausgaben für Kultur im Jahr 2001 einen Anteil von 0,40 % am Bruttoinlandsprodukt. Insgesamt stellten die öffentlichen Haushalte hierfür 1,7 % ihres Gesamtetats bzw. fast 102 Euro je Einwohner zur Verfügung. Sehr unterschiedlich ist die relative Bedeutung der Kulturausgaben für die einzelnen Körperschaftsgruppen in Relation zu ihren Gesamtausgaben. Während der Bund 2001 nur 0,7 % seiner Ge-

Öffentliche Ausgaben für Kultur in Deutschland¹⁾ 2001 nach Kulturbereichen

Kulturbereich	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Anteil am BIP ²⁾ in %
Theater und Musik	3 079,6	37,4	0,15
Bibliothekswesen	1 371,7	16,7	0,07
Museen, Sammlungen und Ausstellungen	1 376,4	16,7	0,07
Denkmalschutz und Denkmalpflege	404,3	4,9	0,02
Kulturelle Angelegenheiten im Ausland	315,1	3,8	0,02
Kunsthochschulen	435,7	5,3	0,02
Sonstige Kulturpflege	898,6	10,9	0,04
Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	473,1	5,8	0,02
Ausgaben für Kultur zusammen	8 354,5	101,5	0,40
Nachrichtlich: kulturnahe Bereiche	1 645,9	19,9	0,08
Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche insgesamt	10 000,4	121,4	0,48

1) Ausgaben nach dem Grundmittelkonzept. — 2) Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands 2001.

samtausgaben für Kultur ausgaben, wendeten die Länder 1,8 % und die Gemeinden 2,6 % ihrer Gesamtetats für diesen Aufgabenbereich auf.

Die öffentlichen Haushalte stellten den größten Teil ihrer Kulturausgaben für den Bereich Theater und Musik zur Verfügung. In 2001 waren dies über 3 Mrd. Euro oder 37 % aller Kulturausgaben. Weitere rund 1,4 Mrd. Euro (rund 16 %) flossen jeweils in die Finanzierung von Museen und Bibliotheken.

Die Ausgabenstrukturen der Gebietskörperschaften zeigen deutlich unterschiedliche Schwerpunkte der Kulturförderung. So erwächst die Hauptausgabenlast der Gemeinden im kulturellen Bereich aus der Finanzierung der Theater. Diese beanspruchten im Jahr 2001 fast die Hälfte aller Kulturmittel der kommunalen Ebene. Gewichtige Bereiche der kommunalen Kulturausgaben waren außerdem Museen (19 %) und Bibliotheken (17 %).

Die Struktur der Kulturausgaben der Länder ähnelt der der Gemeinden. Auch hier waren die Ausgaben für Theater mit

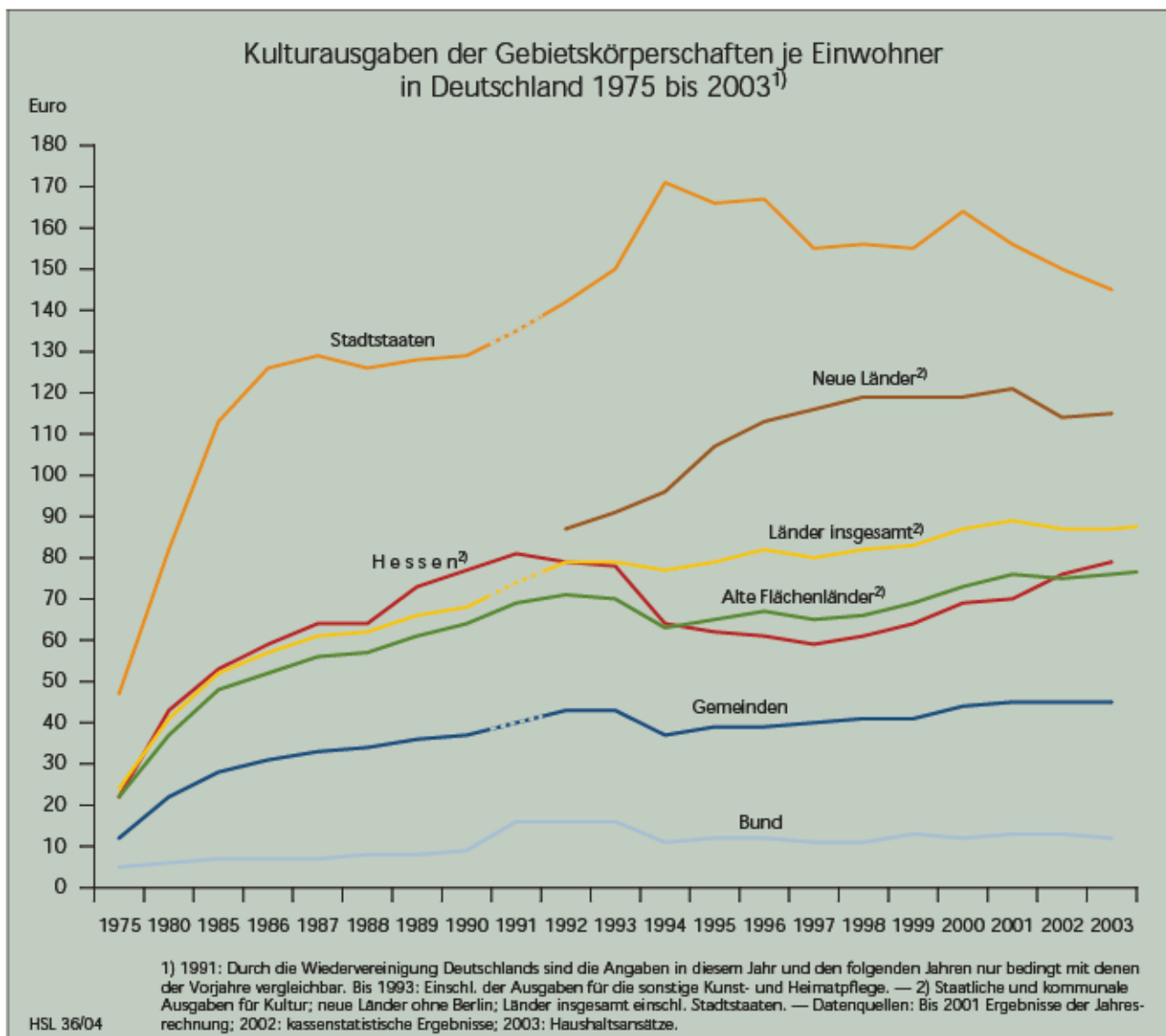
Öffentliche Ausgaben für Kultur in Deutschland¹⁾ 1975 bis 2003

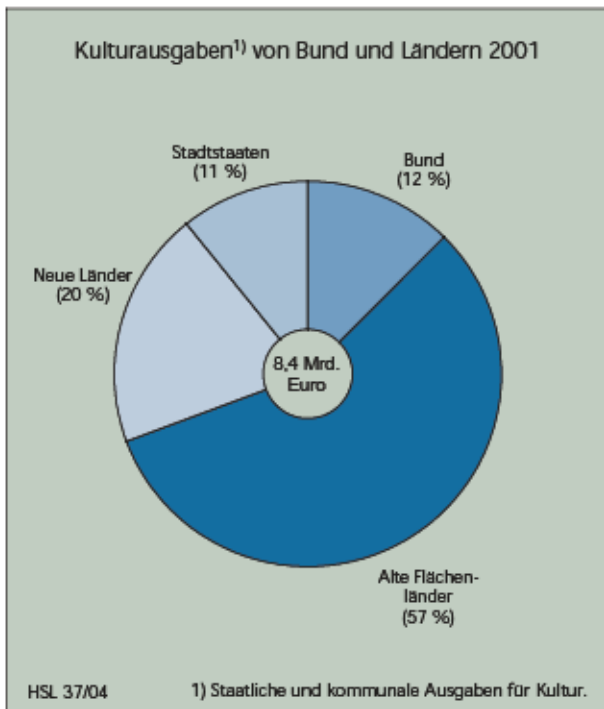
Jahr	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Anteil am BIP ²⁾ in %
1975	1 791,9	29,0	0,34
1985	3 597,7	59,0	0,39
1995	7 441,2	91,1	0,41
1997	7 427,9	90,5	0,40
1999	7 894,9	96,2	0,40
2000	8 161,9	99,3	0,40
2001	8 354,5	101,5	0,40
2002	8 231,5	99,8	0,39
2003 ³⁾	8 193,6	99,3	0,39

1) Ausgaben nach dem Grundmittelkonzept. — 2) Anteil am Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Jahres. — 3) Haushaltsansätze (Soll).

knapp 36 % am gewichtigsten, vor den Ausgaben für Museen (15 %). Für Bibliotheken wendeten die Länder 11 % ihrer Kulturausgaben auf.

Anders stellte sich die Struktur der Kulturausgaben des Bundes dar. Hier wurde fast ein Drittel für Bibliotheken aufge-





wendet, dicht gefolgt von den, für den Bund spezifischen, Ausgaben für kulturelle Angelegenheiten im Ausland (30 %).

Entwicklung der Kulturausgaben in Deutschland

In den Jahren 1975 bis 2001 wurden die Ausgaben für kulturelle Zwecke der Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich bis auf knapp 8,4 Mrd. Euro erhöht. Allein von 1995 bis 2001 stiegen die Kulturausgaben der öffentlichen Hand um über 12 %. Aus den als vorläufig anzusehenden Ergebnissen der Haushaltsansatzstatistik ist nun aber ein Absinken der Kulturausgaben auf 8,2 Mrd. Euro bis zum Jahr 2003 abzusehen. Dies entspräche einem Rückgang um fast 2 %. Die Entwicklungen auf den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften verliefen jedoch uneinheitlich. Während die Kulturausgaben aller Bundesländer und der Gemeinden zusammen von 1995 bis 2001 um 13 % zunahm, sanken sie in den Stadtstaaten um 7,4 %. Maßgeblich hierfür waren die rückläufigen Kulturausgaben in Berlin. In den neuen Ländern stiegen sie im gleichen Zeitraum um 9 %; den deutlichsten Zuwachs erreichten sie mit fast 20 % in den alten, den westlichen Flächenländern. Die Ausgaben des Bundes wurden von 1995 bis 2001 um knapp 8 % gesteigert.

Wesentlich eindrucksvoller stellt sich das kulturelle Engagement der öffentlichen Hand dar, wenn man auf der Zeitachse noch weitere zwanzig Jahre zurückschaut und zur besseren Anschaulichkeit die Kulturausgaben auf die Einwohner bezieht, also die Pro-Kopf-Ausgaben betrachtet.

Die öffentlichen Kulturausgaben je Einwohner beliefen sich im Jahr 1975 auf 29 Euro. Bis 1995 wurden sie auf 91 Euro

verdreifacht und beliefen sich im Jahr 2001 auf fast 102 Euro. Im Jahr 2003 werden sie allerdings absehbar auf knapp unter 100 Euro sinken.

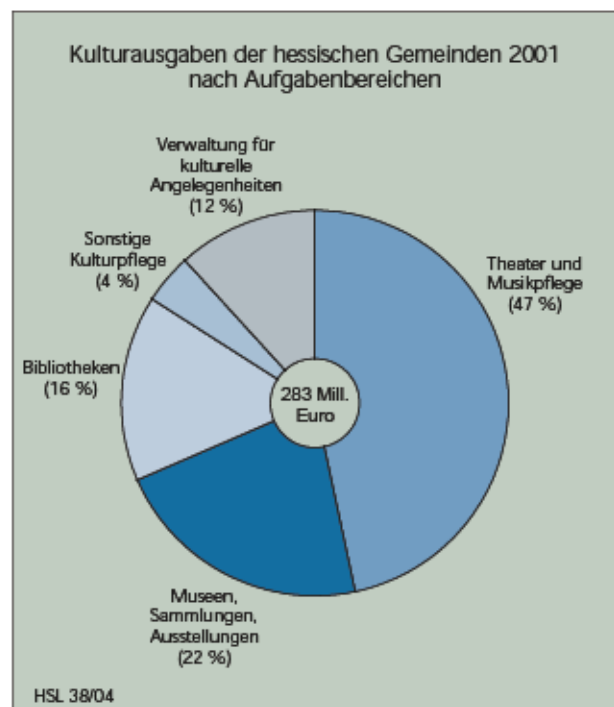
Die öffentlichen Kulturausgaben je Einwohner stiegen in den alten Flächenländern von 22 Euro im Jahr 1975, über 65 Euro im Jahr 1995, auf fast 76 Euro im Jahr 2001. Im Vergleich hierzu lagen die Kulturausgaben je Einwohner der neuen Länder auf einem deutlich höheren Niveau. Hier stiegen sie von gut 107 Euro im Jahr 1995 auf fast 121 Euro im Jahr 2001 an.

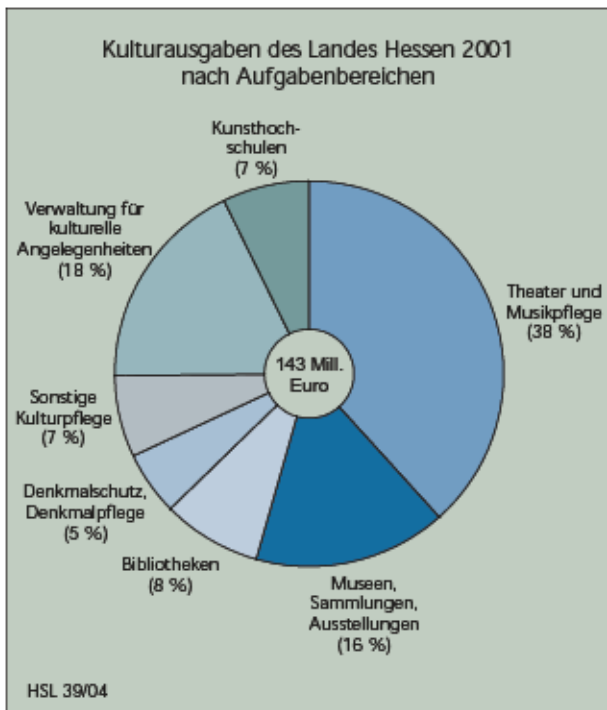
Auch die Anteile der Körperschaftsgruppen an der gesamten öffentlichen Kulturfinanzierung haben sich damit im Zeitverlauf verändert. Während der Anteil der Gemeinden an den gesamten Kulturausgaben der öffentlichen Hand vom Jahr 1975 mit 43 % bis Mitte der Neunzigerjahre nahezu konstant geblieben ist, um dann bis 2001 auf knapp 45 % anzuwachsen, ist der Anteil des Bundes von 19 % Mitte der Neunzigerjahre auf etwas über 12 % im Jahr 2001 abgesunken. Der Länderanteil stieg dagegen von knapp 39 % bis auf über 44 % im Jahr 1995 und hat diesen Anteil — bei nur leichter Tendenz zur Abnahme — halten können.

Die hessischen Kulturausgaben

Von den im Jahr 2001 von Bund, Ländern und Gemeinden für kulturelle Zwecke aufgewendeten 8,4 Mrd. Euro wurden vom Land Hessen und seinen Gemeinden rund 427 Mill. Euro (5 %) aufgebracht, wobei von dieser Ausgaben-summe zwei Drittel (283 Mill. Euro) auf die Gemeinden und ein Drittel (143 Mill. Euro) auf das Land entfielen.

Den größten Teil ihrer Kulturausgaben stellten die hessischen Gebietskörperschaften für den Bereich Theater und Musik-





pflege zur Verfügung. Im Jahr 2001 waren dies 187 Mill. Euro oder knapp 44 %. Rund 85 Mill. Euro (20 %) flossen in die Finanzierung von Museen, Sammlungen und Ausstellungen, weitere 56 Mill. Euro (13 %) in die Bibliotheken.

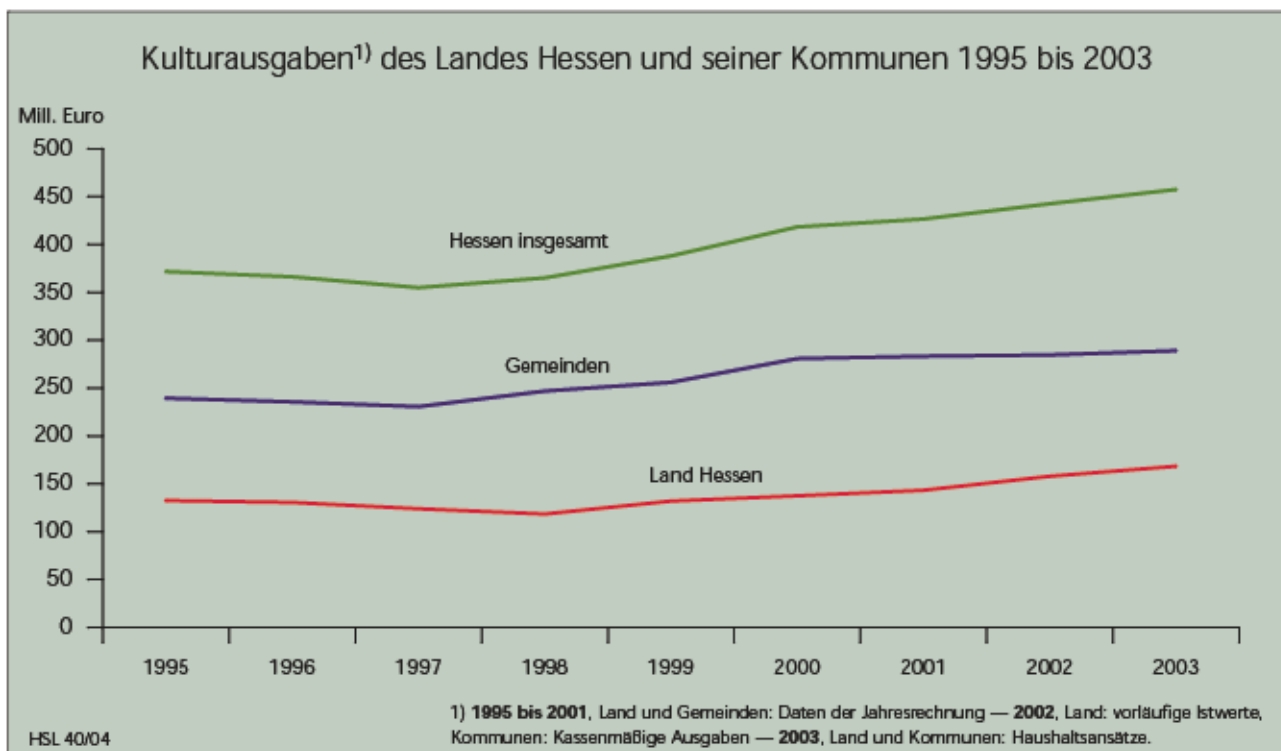
Die Ausgabenstrukturen von Land und Gemeinden zeigen grundsätzlich die gleichen Schwerpunkte der Kulturförderung. Die Hauptausgabenlast der Gemeinden im kulturellen Bereich lag in der Finanzierung der Theater. Diese banden im

Jahr 2001 auf der kommunalen Ebene fast die Hälfte aller Kulturmittel (46 %). Die weiteren gewichtigen Bereiche kommunaler Kulturausgaben waren Museen (22 %) und Bibliotheken (16 %). Auch beim Land waren im Kulturbereich die Ausgaben für Theater mit 38 %, vor den Ausgaben für Museen (16 %), am wichtigsten. Für Bibliotheken wendete das Land 8 % seiner Kulturausgaben auf. Ein weiterer Schwerpunkt der Aufwendungen des Landes für den Kulturbereich lag mit 5 % in der Pflege und dem Schutz von Denkmälern.

Bezogen auf die Bevölkerung gaben das Land Hessen und die hessischen Gemeinden zusammen im Jahr 2001 rund 70 Euro je Einwohner für kulturelle Zwecke aus. Damit lagen die hessischen Kulturausgaben Pro-Kopf der Bevölkerung geringfügig unter dem Durchschnitt der alten Flächenländer (76 Euro je Einwohner). Im Jahr 2003 dürften das Land Hessen und seine Gemeinden rund 79 Euro je Einwohner aufgewendet und den absehbar stagnierenden Durchschnitt der alten Flächenländer übertroffen haben.

Entwicklung der Kulturausgaben in Hessen

In den Jahren 1997 bis 2001 haben sowohl die Gemeinden als auch das Land ihre Ausgaben für Kultur erhöht. Vom Land wurden im Jahr 2001 gut 19 Mill. Euro (+ 15 %), von den Gemeinden knapp 53 Mill. Euro (+ 23 %) mehr als 1997 getätigt. Und: Sowohl das Land als auch die Gemeinden werden nach den als vorläufig anzusehenden Kassen- und Plan- daten ihr kulturelles Engagement in den Jahren 2002 und 2003 nochmals gesteigert haben. Für ihre kulturellen Aufgaben dürften danach das Land rund 170 Mill. Euro, die Ge-



meinden rund 290 Mill. Euro ausgegeben haben, zusammen also 460 Mill. Euro, gut 30 Mill. Euro oder 7 % mehr als 2001.

Entgegen der absehbaren bundesweiten Entwicklung — einem Rückgang der öffentlichen Kulturausgaben um 200 Mill. Euro oder 2 % auf 8,2 Mrd. Euro von 2001 bis 2003 — ist also in Hessen von den Plandaten her eine deutliche Steigerung der Ausgaben für Kultur auf fast 460 Mill. Euro für das Jahr 2003 zu erwarten. Wie aber haben sich die kulturellen Aufwendungen der hessischen Gebietskörperschaften in den zurückliegenden Jahren entwickelt? Im Jahr 2001 übertrafen die Kulturausgaben des Landes und seiner Gemeinden mit 427 Mill. Euro die entsprechenden Ausgaben des Jahres 1995 um 55 Mill. Euro oder 15 %. Bereits mit dieser Zunahme lagen die hessischen Gebietskörperschaften über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings wurden die öffentlichen Kulturausgaben in Hessen nicht kontinuierlich gesteigert, stattdessen zwischenzeitlich sogar abgesenkt. Erst nach dem Jahr 1997 wurden die zusammengefassten Kulturausgaben der Gebietskörperschaften in Hessen nicht mehr verringert, sondern fortlaufend erhöht. Die darunter liegenden Entwicklungen der Kulturausgaben bei Land und Gemeinden verliefen ähnlich, nur war 1998 beim Land noch ein Rückgang zu beobachten, während die Gemeinden damals bereits in eine expansive Phase eintraten. In diesem Zusammenhang — und im Vorgriff auf die weiteren empirischen Befunde — ist zur Erläuterung anzumerken, dass die Kulturausgaben des Landes, auf Grund des hier vergleichsweise hohen Anteils investiver Ausgaben, wesentlich stärkeren Schwankungen unterworfen sind als die der kommunalen Ebene.

Kulturausgaben des Landes Hessen

Die Kulturausgaben des Landes Hessen lagen im Jahr 2001 mit gut 143 Mill. Euro um nicht ganz 11 Mill. Euro oder 8 % über denen des Jahres 1995. Zwischenzeitlich waren die kulturellen Aufwendungen des Landes bis auf 118 Mill. Euro im Jahr 1998 zurückgegangen. Für diesen Rückgang war das, in Abhängigkeit von der Entwicklung der investiven Ausgaben, nicht kontinuierliche Engagement des Landes im Aufgabenbereich „Museen, Sammlungen, Ausstellungen“ ganz entscheidend, das im Jahr 1998 einen Tiefpunkt erreichte. Im Aufgabenbereich „Bibliotheken“ gelangten die Aufwendungen des Landes im Jahr 2001 an einen neuen Tiefpunkt. Zuletzt waren vom Land Hessen in den Achtzigerjahren weniger Ausgaben in diesem Aufgabenbereich getätigt worden. Nur die Aussichten, die die Planungsdaten zu bieten vermögen, lassen diesen Einbruch nicht dramatisch erscheinen. Erhöht hat das Land seine Finanzaufwendungen im

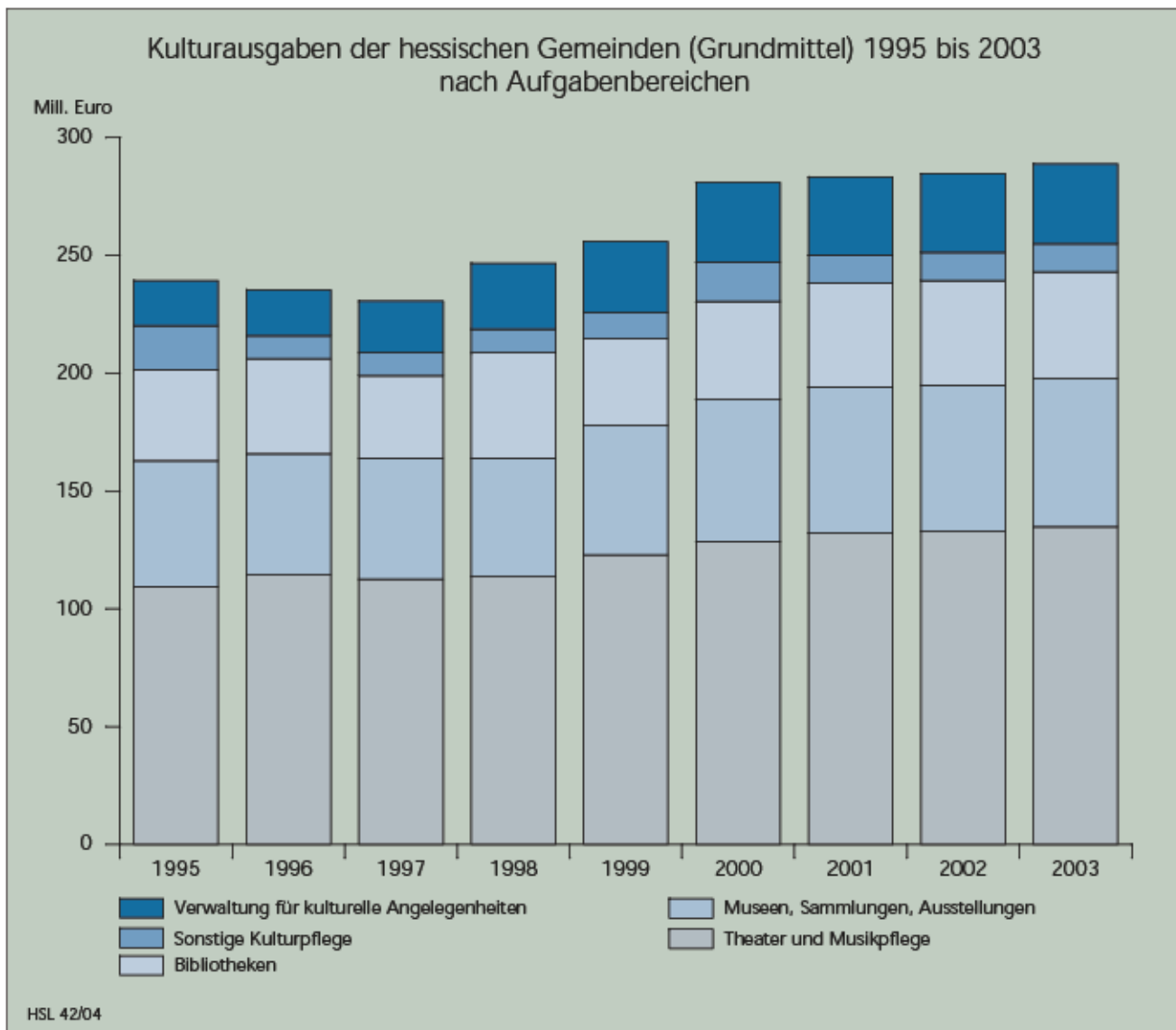
5) Im Haushaltsplan 2002 wurde im Zuge der Neuen Verwaltungssteuerung erstmals ein Kapitel „Historisches Erbe“ (Kapitel 1537) durch Zusammenfassung von fünf bisher selbstständigen Kapiteln (Hessisches Landesmuseum Darmstadt, Staatliche Museen Kassel, Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten, Museum Wiesbaden und Landesamt für Denkmalpflege Hessen) im Bereich der „Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten“ gebildet.

Zeitraum 1995 bis 2001 insbesondere im Bereich Theater und Musikpflege, aber auch für die Kunsthochschulen.

Die aktuellen Jahre 2001 bis 2003 heben sich durch die Dynamik der Entwicklung in den Aufgabenbereichen „Theater und Musikpflege“, „Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten“ und „Denkmalschutz, Denkmalpflege“ von den Vorjahren ab. Erklärungen für diese starken Bewegungen bietet zum einen die Reform der Verwaltung des Landes Hessen, die zu Aufgabenverlagerungen zwischen den Aufgabenbereichen des „Denkmalschutzes und der Denkmalpflege“ einerseits und der „Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten“ andererseits führte⁵⁾. Im statistischen Ergebnis suggerieren diese Veränderungen im Aufgabenzuschnitt zunächst rückläufige Ausgaben für „Museen, Sammlungen, Ausstellungen“ und für „Denkmalschutz und -pflege“, dann aber auch sprunghaft ansteigende Ausgaben in der „Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten“. Zum anderen wurden im Bereich „Theater und Musikpflege“ ab 2002 wieder erhebliche Mittel in die teilweise und vollständige Sanierung von Bühnenhäusern investiert. Neben besonderen Ausgabensteigerungen für Marktforschung und künstlerisches Personal ist der ausgeprägte Anstieg der Ausgaben in diesem Bereich jedoch mit auf die im Jahr 2002 wirksam werdende Umstellung auf einen neuen staatlichen Funktionen- und Gliederungsplan zurückzuführen. In der neuen Haushaltssystematik sind nunmehr die Musikschulen unter der Funktion 185 im Bereich Theater und Musikpflege veranschlagt. Damit wurde das Ausgabenvolumen im Bereich Theater und Musikpflege im Jahr 2002 um weitere rund 18 Mill. Euro erhöht (siehe auch Schaubild auf Seite 189).

Kulturausgaben der Gemeinden

Die Kulturausgaben der hessischen Gemeinden lagen im Jahr 2001 mit gut 283 Mill. Euro um fast 44 Mill. Euro oder 18 % über denen des Jahres 1995. Einen Tiefpunkt hatten die kommunalen Kulturausgaben im Jahr 1997 erreicht, für den die Entwicklung der Investitionen im Kulturbereich als ursächlich angesehen werden kann. Seither sind die Aufwendungen der Kommunen insgesamt kontinuierlich angestiegen, wobei die Aufspaltung der Kulturausgaben Besonderheiten für die Bereiche der Bibliotheken und der Sonstigen Kulturpflege zu erkennen gibt. Während die Zeitreihe der Bibliotheksausgaben insbesondere durch, den Schwankungen der Investitionsausgaben geschuldeten, Höhen und Tiefen charakterisiert wird, zeigt der Bereich der Sonstigen Kulturpflege — hier vermengen sich insbesondere die Ausgaben für Sonstige Einrichtungen und Förderungsmaßnahmen der Kunst- und Kulturpflege mit den Ausgaben für die Heimatpflege — eine weitgehende Konstanz. Nur im Jahr 2000 ist dieses Ausgabenaggregat sprunghaft angestiegen, um 2001 wieder auf das durchschnittliche Niveau der letzten Jahre von 11 Mill. Euro zurückzufallen. Bis zum Redaktionsschluss konnte für diesen „Ausreißer“ noch keine zufrieden-



stellende Erklärung gefunden werden. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass diesem Ausgabensprung eine der Haushaltssystematik nicht konforme Verbuchung größerer Ausgabebeträge (vermutlich aus dem Bereich der Landschaftspflege) zu Grunde liegt.

Die erst partiell auf der kommunalen Ebene ablaufenden Verwaltungsreformprozesse finden auf Grund ihrer vordergründigen Bewegungsrichtung — der Hinwendung zum Ressourcenverbrauchskonzept —, im Gegensatz zur recht umfassenden und auch konzentrierten, organisatorisch tief- und durchgreifenden, Verwaltungsreform auf Landesebene und deren Auswirkungen auf den Landeshaushalt, noch keinen erkennbaren Niederschlag in den nach dem Grundmittelkonzept ermittelten Kulturausgaben nach Aufgabenbereichen.

Das Datenmaterial des Kulturfinanzberichts 2003 bietet erstmals auch einen Einblick in die Kulturausgaben aller deutschen kreisfreien Städte und aller Städte über 100 000 Einwohner für das Jahr 2001. Dieser unterliegt

natürlich gewissen, im Kulturfinanzbericht gut dokumentierten, methodischen Einschränkungen. Gleichwohl schien den Herausgebern und dem Fachgesprächskreis Kulturstatistik das Datenmaterial so interessant — auch in Hinblick auf die Weiterentwicklung des Kulturfinanzberichts und den hierzu intendierten Dialog mit seinen Nutzern —, dass sich für sie die Nichtveröffentlichung der Daten verbot. Da ein Vergleich unter Einbeziehung der diskontinuierlichen Investitionen viel Erläuterungsbedarf induziert und damit per se wenig Aussagekraft bietet, wurde dabei die Betrachtung allerdings auf die laufenden Grundmittel abgestellt. Mit Kulturausgaben von rund 207 Euro je Einwohner steht Frankfurt am Main an der Spitze aller deutschen Städte (einschl. der Stadtstaaten). Es muss in diesem Zusammenhang aber deutlich herausgestellt werden, dass die laufenden Grundmittel der einzelnen kommunalen Gebietskörperschaften allein noch keinen Rückschluss auf das öffentliche Kulturangebot vor Ort zulassen, da örtliche Kultureinrichtungen zum Teil auch von Bund, Ländern und privaten Trägern finanziert werden.

Laufende Grundmittel¹⁾ der kreisfreien Städte Hessens für Kultur und Musik 2001

Art der Angabe	Darmstadt	Frankfurt am Main	Offenbach am Main	Wiesbaden	Kassel
Laufende Grundmittel in 1000 Euro					
Theater und Musik	12 440	64 227	363	15 349	11 874
Bibliotheken	1 718	13 847	1 177	2 864	1 989
Museen	203	37 840	1 267	742	1 563
Kulturverwaltung, sonstige Kulturpflege	919	16 691	379	1 975	2 969
Kultur insgesamt	15 281	132 605	3 186	20 930	18 395
Laufende Grundmittel in Euro je Einwohner					
Theater und Musik	89,8	100,2	3,1	56,6	61,0
Bibliotheken	12,4	21,6	9,9	10,6	10,2
Museen	1,5	59,0	10,7	2,7	8,0
Kulturverwaltung, sonstige Kulturpflege	6,6	26,0	3,2	7,3	15,3
Kultur insgesamt	110,3	206,8	26,9	77,2	94,5

1) Grundmittel ohne Ausgaben und Einnahmen für Bau- und andere Investitionen; die Investitionstätigkeit der Städte unterliegt starken Schwankungen, die die Aussagefähigkeit des Städtevergleichs beeinträchtigen.

Ausblick

Der Kulturfinanzbericht soll in Zukunft regelmäßig erscheinen und hierzu fortgeschrieben und erweitert werden. Zu den Bereichen, die nach einer Extensivierung verlangen, gehören unter anderem die Kulturfinanzierung durch öffentlich-rechtliche und private Stiftungen, die Darstellung des Gesamtvolumens der „öffentlichen“ Kulturproduktion durch Einbeziehung der Kultur finanzierenden, aus den Haushalten ausgegliederten, öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen (mittelbare Kulturfinanzierung der öffentlichen Hand) und die Dokumentation der Kulturförderung durch die Europäische Kommission in Deutschland. Langfristiges Ziel der Kulturfinanzberichterstattung ist es, ein Kulturbudget für Deutschland aufzustellen, das die Kulturproduktion und Finanzierung von Kultur möglichst umfassend darstellt.

Ein Anliegen der Herausgeber ist selbstredend die Steigerung der Aktualität der jeweiligen Kulturfinanzberichte hinsichtlich des neuesten Datenmaterials. Dahin gehenden Bemühungen sind durch die zeitlich späte Fertigstellung der Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte quasi natürliche Grenzen gesetzt. Gleichwohl können — auch bei gleichbleibendem Personaleinsatz in den Statistikämtern — durch die konsequente Nutzung der datentechnischen Innovationen noch Verbesserungen erreicht werden. Hinsichtlich der Qualität des Datenmaterials ist zu erwarten, dass die Kontinuität der Kulturfinanzberichte bei den Datenlieferanten und Datenproduzenten zu Sensibilisierungen führt, die intensivere Prüfungen und Plausibilisierungen sowie essentielle Dokumentationen — etwa hinsichtlich der Erläuterungen von Datensprüngen — generieren werden.

Große Zuversicht herrscht auch bei allen an der Entstehung und Publikation des Kulturfinanzberichts Beteiligten hinsichtlich seiner Annahme in Politik, Wissenschaft und sie begleitender Öffentlichkeit, letztlich der Aufnahme durch das Publikum. Kritik, in konstruktiver Form als Stimulanz zur Weiterentwicklung des Kulturfinanzberichts, wird dabei noch mehr erhofft als (stiller) Applaus⁶⁾. □

6) Mit durchaus aktuellem Bezug sei an den Athener Phokion erinnert, von dem berichtet wird, dass, als er in einer Athener Volksversammlung stürmischen Beifall erhielt, er sich erschreckt zu einem Begleiter mit den Worten gewandt haben soll: „Habe ich etwas Dummes gesagt?“. — Phokion (ca. 402 bis 318 v. Chr., athenischer Politiker und Feldherr).

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2003

Im Jahr 2003 wurde die Entwicklung der Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt durch die Einführung des „Gesetzes über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSIG)“ zum 1.1.2003 stark beeinflusst. Obwohl nur eine relativ klar abgegrenzte Gruppe von Empfängern einen Anspruch auf Leistungen nach diesem Gesetz hat, nämlich Personen ab dem 65. Lebensjahr oder mit dauerhafter Erwerbsminderung, und im Gegenzug der Anspruch dieses Personenkreises auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt entfällt, bremste sein Inkrafttreten das weitere Anwachsen der Empfängerzahlen und beeinflusste alle Strukturdaten über Empfänger und Bedarfsgemeinschaften. Die Gesamtzahl der Empfänger lag mit knapp 238 000 geringfügig unter dem Vorjahresergebnis, die Empfänger waren im Durchschnitt jünger, der Anteil der Männer ist gestiegen. Sie lebten in 120 000 Bedarfsgemeinschaften, knapp 5 % weniger als 2002. Durch den Wechsel von überwiegend allein bzw. mit dem Ehepartner zusammen lebenden Empfängern in die Grundsicherung sind die Bedarfsgemeinschaften größer geworden und hatten mit 909 Euro einen um 4,6 % höheren Bruttobedarf, wobei der durchschnittliche Nettobedarf mit 457 Euro allerdings nahezu unverändert blieb. Die Bezugsdauer ist im Durchschnitt auf 3 Jahre zurückgegangen. Die Bedeutung der Sozialhilfe für Familien und allein erziehende Frauen mit Kindern unter 18 Jahren ist weiter gestiegen. Eine Modellrechnung hinsichtlich der am 1.1.2005 in Kraft tretenden Regelungen des SGBII — Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) — macht deutlich, dass 83 % aller Bedarfsgemeinschaften mit 90 % aller Empfänger Leistungen nach diesem neuen Gesetz erhalten hätten, wobei für etwa 18 000 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt auf Grund ihres Alters zwischen 15 bis unter 25 Jahren ein vorrangiger Vermittlungsbedarf durch die neu einzurichtenden Job-Center bestanden hätte. Eine Nachmeldung zunächst nicht erfasster Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Bergstraße — es handelt sich dabei um 898 Bedarfsgemeinschaften mit 1691 Empfängern — ging erst nach Redaktionsschluss ein, sodass die Nachmeldung nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Wir bitten dies zu beachten.

Zahl der Sozialhilfeempfänger nahezu unverändert

Am Jahresende 2003 erhielten in Hessen knapp 238 000 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um etwa 2000 oder knapp 1%. Auf Grund von Zuordnungsfehlern in einem Verwaltungsbezirk und der erwähnten Untererfassung ist die Abnahme allerdings überzeichnet. 380 Personen erhielten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen, das waren 55 weniger als am Jahresende 2002. Diese Personengruppe bleibt bei den nachfolgenden Betrachtungen unberücksichtigt. Dargestellt werden in diesem Beitrag nur die Ergebnisse für Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Ursache für die rückläufigen Zahlen ist das Inkrafttreten des „Gesetzes über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSIG)“ zum 1.1.2003. Dieses neue Sozialleistungsgesetz gewährt Personen ab dem 65. Lebensjahr bzw. dauerhaft erwerbsgeminderten Personen auf Antrag eine eigenständige soziale Leistung zur Sicherung des grundsätzlichen Bedarfs für den Lebensunterhalt. Da die Leistungen nach dem GSIG Vorrang vor anderen Sozialleistungen haben, entfällt grundsätzlich der Anspruch dieses Personenkreises auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, die Gesamtzahl der Empfänger laufender Hilfe wird dadurch dauerhaft verringert. Das Ausscheiden wirkte sich auf nahezu alle Strukturdaten und Kenngrößen über die Sozialhilfeempfänger und Bedarfsgemeinschaften aus und wird

insbesondere bei der Altersgliederung deutlich. Das neue Gesetz hatte wohl zu einem merklichen Rückgang der Empfänger im Alter über 60 geführt, die Empfängerzahl der 65 Jahre und Älteren hatte sich aber nur etwa halbiert. Auf Grund der neuen Gesetzeslage wäre zu erwarten gewesen, dass es ab 2003 keine Empfänger von HLU mehr gibt, die 65 Jahre oder älter sind. Die aktuellen Daten widersprechen jedoch dieser Erwartung. Es tauchen weiterhin Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in diesem Alter wie auch Empfänger nach dem GSIG in der Statistik auf. Dies kann verschiedene Gründe haben:

- Innerhalb von Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften erhält mindestens ein Familienmitglied Leistungen nach dem GSIG;
- die GSIG-Leistungen sind durch den Wegfall von Mehrbedarfszuschlägen, wie sie Sozialhilfeempfängern zustehen, für eine angemessene Lebensführung nicht ausreichend, sodass diese Empfänger/innen keinen Antrag gestellt haben;
- für weggezogene Sozialhilfeempfänger muss die abgebende Gemeinde üblicherweise die Sozialhilfe für zwei weitere Jahre weiterfinanzieren. Für diese Fälle sind überwiegend keine Anträge auf GSIG gestellt worden;
- manche Sozialhilfeleistungen wurden in Form von Darlehen gewährt. Hier wurde bei befristeter Gewährung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt vom Empfänger meist kein Antrag auf Leistungen nach dem GSIG gestellt.

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen jeweils am 31.12.

Art der Angabe	2002		2003			
	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾ in %	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾	Anteil	Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe ³⁾
				%		
Empfänger insgesamt	239 189	4,3	237 217	- 0,8	100	3,9
und zwar						
männlich	106 329	5,0	106 931	0,6	45,1	3,6
weiblich	132 860	3,7	130 286	- 1,9	54,9	4,2
Nichtdeutsche	78 097	4,6	77 292	- 1,0	32,6	11,0
davon						
männlich	35 989	3,9	35 771	- 0,6	15,1	10,1
weiblich	42 108	5,2	41 521	- 1,4	17,5	12,0
im Alter von						
unter 3 Jahren	16 536	3,3	17 299	4,6	7,3	10,4
3 bis unter 7 Jahren	20 471	4,8	21 415	4,6	9,0	8,8
7 bis unter 15 Jahren	37 116	2,2	38 017	2,4	16,0	7,5
15 bis unter 18 Jahren	11 126	5,1	12 196	9,6	5,1	6,3
unter 18 Jahren z u s a m m e n	85 249	3,4	88 927	4,3	37,5	8,0
18 bis unter 21 Jahren	8 599	5,5	9 166	6,6	3,9	4,8
21 bis unter 25 Jahren	12 521	9,5	13 556	8,3	5,7	4,9
25 bis unter 30 Jahren	16 260	5,4	17 482	7,5	7,4	4,9
30 bis unter 40 Jahren	37 120	3,5	37 999	2,4	16,0	3,9
40 bis unter 50 Jahren	28 385	6,9	30 145	6,2	12,7	3,1
50 bis unter 60 Jahren	20 345	5,3	20 907	2,8	8,8	2,8
unter 60 Jahren z u s a m m e n	208 479	4,7	218 182	4,7	92,0	4,7
60 bis unter 65 Jahren	10 676	- 1,3	9 485	- 11,2	4,0	2,4
65 Jahren oder älter	20 034	3,6	9 550	- 52,3	4,0	0,9

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Gegenüber dem Vorjahr. — 3) Bezogen auf die Einwohner am 31.12.2003.

Ganz anders verlief dagegen die Entwicklung 2003 in allen anderen Altersgruppen. Dort waren teilweise kräftige Zuwächse zu beobachten, vor allem im Bereich der 15- bis unter 30-Jährigen. Die Sozialhilfequote der Gesamtbevölkerung, das ist der Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung bzw. einer ausgewählten Bevölkerungsgruppe in Prozent, lag wie am Jahresende des Vorjahres bei 3,9 %, ist aber vor dem Hintergrund der neuen Gesetzeslage mit dem Vorjahr nicht mehr vergleichbar. Betrachtet man die mit dem Vorjahr annähernd vergleichbare Gruppe der Bevölkerung unter 60 Jahren, so hat sich deren Sozialhilfequote durch einen kräftigen Anstieg der Empfänger in diesem Alter weiter erhöht, und zwar von 4,5 auf 4,7 %. Damit bezog am Jahresende 2003 gut jeder 21. Hesse im Alter von unter 60 Jahren Sozialhilfe.

Die Einführung der Leistungen nach dem GSIG hat in mehreren Verwaltungsbezirken einen spürbaren Rückgang bei den Sozialhilfeempfängern bewirkt, sodass Zuwächse in anderen Bezirken ausgeglichen werden konnten. Ein Blick auf die unter 60-Jährigen zeigt dagegen einen fast alle Regionen betreffenden Zuwachs, lediglich der Landkreis Kassel verzeichnete einen Rückgang. Der Rückgang im Landkreis Bergstraße war durch Untererfassungen bedingt und wird insofern nicht weiter berücksichtigt. Die kräftigen Zuwächse konzentrierten sich hauptsächlich auf die kreisfreien Städte und Landkreise des Regierungsbezirks Darmstadt. Hier wurden

insgesamt knapp 6 % mehr Empfänger in dieser Altersgruppe gemeldet. Brennpunkt der Sozialhilfe bleibt weiterhin der nordhessische Raum, wengleich sich hier die Situation durch die Einführung der GSIG-Leistungen etwas entspannt hat und bei den unter 60-jährigen Sozialhilfeempfängern nur ein geringfügiger Zuwachs zu beobachten war. Für die kreisfreie Stadt Kassel wurde mit 99 Sozialhilfeempfängern je 1000 Einwohnern, nach 101 im Vorjahr, immer noch die höchste Sozialhilfequote in einem Verwaltungsbezirk errechnet. Ursache hierfür war ein Rückgang der Hilfeempfänger um gut 2 %, dem keine wesentlichen Zugänge im Alter unter 60 Jahren gegenüberstanden. Der Regierungsbezirk Gießen verzeichnete insgesamt zwar einen geringen Rückgang von weniger als 1 %, bei den unter 60-jährigen Empfängern war dagegen ein Zuwachs von 4,6 % zu beobachten.

Die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Minderjährigen ist im Berichtsjahr in nahezu allen Regionen Hessens weiter gestiegen, sodass deren Sozialhilfequote erstmals auf 80 je 1000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren stieg. In der kreisfreien Stadt Kassel lebte gut jedes fünfte Kind in einer von Sozialhilfe abhängigen Familie, in der kreisfreien Stadt Offenbach wurde dieser hohe Wert nur knapp verfehlt. In Wiesbaden war knapp jedes siebte Kind von Sozialhilfe abhängig.

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ am 31.12.2003 nach Verwaltungsbezirken und ausgewählten Merkmalen

Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger				und zwar										Lfd. Nr.
		insgesamt	Anteil an „insgesamt“ %	Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾	auf 1000 Einwohner ³⁾	unter 60 Jahre alt				unter 18 Jahre alt		weiblich		Nichtdeutsche		
						insgesamt	Anteil %	Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾	auf 1000 Einwohner ³⁾	Anzahl	auf 1000 Einw. ³⁾	Anzahl	auf 1000 Einw. ³⁾	Anzahl	auf 1000 Einw. ³⁾	
1	Darmstadt, Wissenschaftsst.	6 709	2,8	4,7	48	6 118	91,2	10,2	57	2 557	115	3 704	52	2 119	102	1
2	Frankfurt am Main, St.	40 620	17,1	3,5	63	36 214	89,2	11,6	73	13 152	134	21 248	64	17 704	125	2
3	Offenbach am Main, St.	11 189	4,7	5,7	94	10 206	91,2	9,9	110	4 161	196	5 997	100	5 201	166	3
4	Wiesbaden, Landeshauptst.	18 649	7,9	- 6,9 ⁴⁾	69	17 951	96,3	3,0	88	7 008	153	10 169	72	6 096	110	4
5	Bergstraße ⁵⁾	5 634	2,4	- 22,5	21	5 173	91,8	- 18,8	26	2 243	45	3 249	24	1 817	72	5
6	Darmstadt-Dieburg	7 870	3,3	- 0,8	27	7 285	92,6	1,7	32	3 351	60	4 543	31	2 627	85	6
7	Groß-Gerau	8 134	3,4	7,5	32	7 652	94,1	12,1	39	3 247	69	4 485	35	3 223	73	/
8	Hochtaunuskreis	5 073	2,1	- 3,8	22	4 621	91,1	2,6	27	1 895	46	2 779	24	2 192	79	8
9	Main-Kinzig-Kreis	12 631	5,3	1,0	31	11 508	91,1	5,6	37	4 943	64	7 177	34	3 711	88	9
10	Main-Taunus-Kreis	4 550	1,9	3,6	20	4 152	91,3	10,4	25	1 744	44	2 551	22	1 604	58	10
11	Odenwaldkreis	2 315	1,0	2,1	23	2 190	94,6	7,1	29	1 036	52	1 278	25	528	52	11
12	Offenbach	12 046	5,1	4,9	36	10 705	88,9	6,5	42	4 559	75	6 548	38	5 450	127	12
13	Rheingau-Taunus-Kreis	3 885	1,6	- 6,5	21	3 604	92,8	0,3	26	1 611	47	2 170	23	1 133	66	13
14	Wetteraukreis	9 995	4,2	- 4,0	34	9 320	93,2	0,8	41	3 909	68	5 558	37	2 825	117	14
15	Reg.-Bez. Darmstadt	149 300	62,9	- 0,2	40	136 699	91,6	5,8	48	55 416	83	81 456	42	56 230	104	15
16	Gießen	9 897	4,2	- 5,0	39	9 303	94,0	1,2	47	3 902	83	5 408	41	2 684	132	16
17	Lahn-Dill-Kreis	8 415	3,5	0,7	32	7 824	93,0	6,5	40	3 297	64	4 779	36	2 013	92	17
18	Limburg-Weilburg	6 231	2,6	1,8	35	5 802	93,1	7,9	43	2 515	71	3 538	40	1 691	120	18
19	Marburg-Biedenkopf	6 248	2,6	- 1,8	25	5 628	90,1	2,3	29	2 226	48	3 483	27	1 474	60	19
20	Vogelsbergkreis	3 893	1,6	4,7	33	3 648	93,7	8,2	42	1 464	67	2 143	36	415	88	20
21	Reg.-Bez. Gießen	34 684	14,6	- 0,8	33	32 205	92,9	4,6	40	13 404	66	19 351	36	8 277	97	21
22	Kassel, documenta-St.	19 163	8,1	- 2,2	99	17 645	92,1	1,9	122	6 676	210	10 290	101	6 367	262	22
23	Fulda	6 449	2,7	- 6,2	29	6 002	93,1	0,3	36	2 532	56	3 666	33	1 462	124	23
24	Hersfeld-Rotenburg	4 048	1,7	0,5	31	3 756	92,8	5,3	40	1 493	64	2 232	34	855	129	24
25	Kassel	7 371	3,1	- 6,1	30	6 803	92,3	- 2,6	38	3 098	68	4 237	34	1 335	135	25
26	Schwalm-Eder-Kreis	7 177	3,0	- 3,1	37	6 776	94,4	0,6	47	2 825	77	3 980	41	1 325	170	26
27	Waldeck-Frankenberg	4 825	2,0	0,3	28	4 380	90,8	3,1	35	1 887	57	2 747	32	929	106	27
28	Werra-Meißner-Kreis	4 200	1,8	2,5	38	3 916	93,2	6,4	49	1 596	81	2 327	41	512	135	28
29	Reg.-Bez. Kassel	53 233	22,4	- 2,6	42	49 278	92,6	1,6	53	20 107	85	29 479	46	12 785	175	29
30	Land H e s s e n davon	237 217	100	- 0,8	39	218 182	92,0	4,7	47	88 927	80	130 286	42	77 292	110	30
31	kreisfreie Städte	96 330	40,6	0,5	70	88 134	91,5	7,5	84	33 554	153	51 408	73	37 487	137	31
32	Landkreise	140 887	59,4	- 1,7	30	130 048	92,3	2,8	36	55 373	62	78 878	33	39 805	93	32

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Gegenüber dem Vorjahr. — 3) Bezogen auf die Einwohner am 31.12.2003 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. — 4) Abnahme durch Zuordnungsfehler im Berichtsjahr überzeichnet. — 5) Untererfassung von 898 Bedarfsgemeinschaften mit 1691 Empfängern.

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ am 31.12.2003

Gliederung	Bedarfsgemeinschaften			Durchschnittliche Dauer der Hilfestellung		
	Anzahl	%	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr in %	Monate je Bedarfsgemeinschaft	darunter mit einer bisherigen Bezugsdauer von	
					weniger als 1 Jahr	5 Jahren oder mehr
					%	
Bedarfsgemeinschaften(BG) insgesamt	119 203	100	- 4,7	36,3	37,1	23,8
darunter						
Ehepaare ohne Kinder	8 622	7,2	- 15,6	41,3	33,4	29,9
Ehepaare mit Kind ²⁾	14 026	11,8	9,1	23,8	45,7	11,1
mit 1 Kind	5 254	4,4	10,6	22,3	49,4	10,0
mit 2 Kindern	4 679	3,9	10,4	23,7	45,2	11,5
mit 3 oder mehr Kindern	4 093	3,4	5,8	25,7	41,6	12,0
einzelnen nachgewiesene Haushaltsvorstände	47 273	39,7	- 10,6	46,1	31,3	34,2
männlich	24 341	20,4	- 5,0	40,8	34,3	30,0
weiblich	22 932	19,2	- 15,9	51,8	28,2	38,6
allein erziehende Frauen mit Kind ²⁾	26 698	22,4	2,8	31,3	35,2	16,9
mit 1 Kind	14 519	12,2	3,6	31,1	36,0	17,0
mit 2 Kindern	8 414	7,1	2,4	32,6	34,0	18,1
mit 3 oder mehr Kindern	3 765	3,2	0,5	29,0	34,7	14,2

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren.

Die erstmalige Inanspruchnahme von GSIG-Leistungen durch frühere Sozialhilfeempfänger hat auch zu einer geringfügigen Verschiebung in der Geschlechterproportion geführt. Da in der Vergangenheit erheblich mehr Frauen im Alter von 65 Jahren und älter Sozialhilfe erhielten als Männer, hat sich deren Anteil durch eine entsprechend größere Zahl von Abgängen durch Gewährung von GSIG-Leistungen bei gleichzeitigem Anwachsen männlicher Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt geringfügig verkleinert.

Die Einführung der neuen Sozialleistungen nach dem GSIG beeinflusste die Daten über die *Bedarfsgemeinschaften* noch viel stärker. Deren Zahl ist um etwa 6000 oder 4,7 % auf knapp 120 000 zurückgegangen. Die mit dem Rückgang verbundenen Veränderungen in der Struktur der Bedarfsgemeinschaften geben einen guten Einblick in die Struktur der ausgeschiedenen Sozialhilfeempfänger. Da es am Jahresende 2003 vor allem viel weniger Bedarfsgemeinschaften alleine Lebender und von Ehepaaren ohne Kinder gab, ist zu vermuten, dass die Empfänger von GSIG hauptsächlich alleine bzw. mit dem Ehepartner zusammen lebten. Diese Strukturen und ihre Veränderungen sind in ähnlicher Weise in allen Verwaltungsbezirken zu beobachten. Betrachtet man die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften ohne diese beiden Gruppen, dann wird aus dem Rückgang allerdings ein Zuwachs von 2,2 %. Da in der Vergangenheit die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nahezu parallel zu den Empfängern verlief (die Zahl der unter 60-jährigen Sozialhilfeempfänger war um 4,7 % gestiegen), müssen sich die Neuzugänge nicht unwesentlich auch auf Ehepaare ohne Kinder und allein lebende Personen erstreckt haben. Zugenommen hat die Abhängigkeit von Sozialhilfe vor allem unter Familien mit

Kind(ern) und — wenn auch weniger stark — bei allein erziehenden Frauen mit Kind(ern).

Bezugsdauer von Sozialhilfe auf 3 Jahre gesunken

Die durchschnittliche Dauer der Hilfestellung lag am Jahresende 2003 mit 3 Jahren um knapp 10 Wochen unter dem Wert des Vorjahres, eine Bezugsdauer von weniger als einem Jahr hatten 37 % der Bedarfsgemeinschaften, nach knapp 33 % im Vorjahr. Als Ursache für diese Verkürzung der Leistungszeiten ist wiederum das Ausscheiden von älteren Langzeitempfängern durch die Gewährung von GSIG-Leistungen anzusehen. Für die vom Rückgang am stärksten betroffenen Bedarfsgemeinschaften hatten sich nämlich in der Vergangenheit die höchsten Verweilzeiten in der Sozialhilfe errechnet. Für die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren erhöhte sich die durchschnittliche Bezugsdauer geringfügig.

Ohne dass besondere strukturelle Auffälligkeiten erkennbar gewesen wären, erhielten Bedarfsgemeinschaften in der kreisfreien Stadt Offenbach am längsten Hilfe, nämlich gut 4 Jahre und 3 Monate. Etwa halb so lange war dagegen die Dauer der Hilfestellung im Hochtaunuskreis und lag damit 11 Monate unter dem Landesdurchschnitt. Obwohl die Sozialhilfequote in Nordhessen am höchsten ist, gelingt dort offensichtlich das Ausscheiden aus der Sozialhilfe eher, was sich an der um knapp 5 Monate kürzeren Unterstützungszeit ablesen lässt.

Monatlicher Bruttoanspruch auf über 900 Euro gestiegen

Für die am Jahresende 2003 bestehenden Bedarfsgemeinschaften errechnete sich mit 909 Euro ein um 40 Euro oder

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ am 31.12.2003 nach Verwaltungsbezirken und ausgewählten Merkmalen

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bedarfsgemeinschaften										durchschnittliche Dauer der Hilfestellung			Mtl. Brutto- bedarf insgesamt	und zwar						Hochgerech- nete Jahres- ausgaben ⁵⁾ 2003	
	insgesamt		Zu- bzw. Ab- nahme (-) ²⁾	durch- schnitt- liche Größe in Per- sonen	Ehepaare mit Kind(ern) ³⁾		Einzelpersonen		allein erziehende Frauen mit Kind(ern) ³⁾		Monate je Be- darfs- gemein- schaft	darunter mit einer bisherigen Bezugsdauer von			Bruttokalt- miete	angerechnetes Einkommen		Nettoan- spruch ⁴⁾		Mill. Euro	je Emp- fänger in Euro	
					Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%			weniger als 1 Jahr	5 Jahren oder mehr	Euro	% ⁶⁾			Euro
											%		Euro		%		Euro		%			
Darmstadt, Wissenschaftsst.	3 479	2,9	1,5	1,9	350	10,1	1 502	43,2	874	25,1	44,5	32,0	28,3	905	323	35,7	517	57,2	388	42,8	16,2	2 412
Frankfurt am Main, St.	22 981	19,3	- 1,0	1,8	2 280	9,9	12 310	53,6	3 965	17,3	41,0	32,1	31,9	913	370	40,5	357	39,1	556	60,9	153,2	3 772
Offenbach am Main, St.	5 694	4,8	2,7	2,0	686	12,0	2 412	42,4	1 117	19,6	51,3	28,0	33,7	949	362	38,2	491	51,7	458	48,3	31,3	2 799
Wiesbaden, Landeshauptst. Bergstraße ⁶⁾	9 624	8,1	- 12,8 ⁷⁾	1,9	1 111	11,5	4 178	43,4	2 358	24,5	40,0	32,2	25,8	952	380	39,9	436	45,8	516	54,2	59,5	3 193
Darmstadt-Dieburg	2 642	2,2	- 29,7	2,1	324	12,3	881	33,3	686	26,0	.	.	.	902	298	33,1	471	52,2	431	47,8	13,7	2 426
Groß-Gerau	3 662	3,1	- 2,0	2,1	381	10,4	1 231	33,6	1 118	30,5	39,5	35,1	24,3	980	353	36,0	559	57,0	421	43,0	18,5	2 351
Hochtaunuskreis	3 705	3,1	4,0	2,2	609	16,4	1 208	32,6	864	23,3	31,3	39,9	20,1	955	345	36,2	505	52,8	450	47,2	20,0	2 462
Main-Kinzig-Kreis	2 522	2,1	- 8,6	2,0	343	13,6	968	38,4	564	22,4	25,3	41,4	12,3	951	363	38,2	526	55,3	425	44,7	12,9	2 537
Main-Taunus-Kreis	6 090	5,1	- 3,7	2,1	578	9,5	2 235	36,7	1 535	25,2	26,8	57,4	14,3	939	339	36,1	487	51,8	452	48,2	33,1	2 617
Odenwaldkreis	2 231	1,9	- 0,1	2,0	279	12,5	835	37,4	533	23,9	40,7	31,6	24,7	952	356	37,4	500	52,5	452	47,5	12,1	2 659
Offenbach	1 038	0,9	- 3,1	2,2	117	11,3	315	30,3	326	31,4	30,6	31,9	17,7	932	301	32,3	523	56,1	409	43,9	5,1	2 199
Rheingau-Taunus-Kreis	5 671	4,8	3,1	2,1	814	14,4	2 004	35,3	1 113	19,6	40,7	31,7	27,1	945	333	35,3	505	53,4	441	46,6	30,0	2 490
Wetteraukreis	1 723	1,4	- 11,7	2,3	221	12,8	527	30,6	470	27,3	31,3	29,1	19,3	952	314	33,0	571	59,9	382	40,1	7,9	2 031
Reg.-Bez. Darmstadt	4 812	4,0	- 7,0	2,1	609	12,7	1 537	31,9	1 139	23,7	37,9	35,4	23,2	922	316	34,2	492	53,4	430	46,6	24,8	2 485
Reg.-Bez. Darmstadt	75 874	63,7	- 4,3	2,0	8 702	11,5	32 143	42,4	16 662	22,0	37,9	36,9	25,3	934	352	37,7	452	48,4	481	51,6	438,3	2 936
Gießen	4 908	4,1	- 9,4	2,0	540	11,0	1 709	34,8	1 107	22,6	40,1	31,2	27,2	876	286	32,6	459	52,4	417	47,6	24,6	2 481
Lahn-Dill-Kreis	4 060	3,4	- 0,7	2,1	533	13,1	1 334	32,9	1 066	26,3	32,2	40,9	19,5	888	280	31,5	475	53,5	413	46,5	20,1	2 392
Limburg-Weilburg	2 862	2,4	- 4,2	2,2	431	15,1	750	26,2	708	24,7	30,2	37,7	18,6	928	292	31,5	496	53,5	432	46,5	14,8	2 380
Marburg-Biedenkopf	3 298	2,8	- 4,5	1,9	287	8,7	1 229	37,3	758	23,0	43,6	34,1	24,0	816	263	32,2	442	54,1	374	45,9	14,8	2 371
Vogelsbergkreis	1 954	1,6	3,2	2,0	208	10,6	612	31,3	429	22,0	35,2	35,1	23,4	784	227	29,0	419	53,4	365	46,6	8,6	2 198
Reg.-Bez. Gießen	17 082	14,3	- 4,3	2,0	1 999	11,7	5 634	33,0	4 068	23,8	36,7	35,6	22,8	865	274	31,7	461	53,3	404	46,7	82,9	2 390
Kassel, documenta-St.	9 866	8,3	- 5,2	1,9	1 307	13,2	4 196	42,5	1 936	19,6	36,8	35,1	25,4	912	287	31,4	440	48,2	473	51,8	55,9	2 919
Fulda 3 051	2,6	- 10,0	2,1	441	14,5	926	30,4	784	25,7	27,5	41,1	10,3	880	267	30,3	472	53,7	407	46,3	14,9	2 312	
Hersfeld-Rotenburg	1 908	1,6	- 3,7	2,1	222	11,6	642	33,6	435	22,8	26,4	39,6	19,9	859	257	29,9	432	50,3	427	49,7	9,8	2 416
Kassel	3 540	3,0	- 8,8	2,1	380	10,7	1 113	31,4	976	27,6	28,3	42,9	18,6	858	260	30,3	476	55,4	383	44,6	16,2	2 204
Schwalm-Eder-Kreis	3 377	2,8	- 6,9	2,1	479	14,2	985	29,2	786	23,3	29,8	39,3	15,9	829	235	28,4	449	54,1	380	45,9	15,4	2 148
Waldeck-Frankenberg	2 303	1,9	- 2,9	2,1	277	12,0	778	33,8	567	24,6	28,0	39,3	19,4	827	235	28,4	452	54,6	376	45,4	10,4	2 151
Werra-Meißner-Kreis	2 202	1,8	- 1,8	1,9	219	9,9	856	38,9	484	22,0	28,6	40,8	17,8	763	210	27,6	394	51,6	369	48,4	9,8	2 323
Reg.-Bez. Kassel	26 247	22,0	- 5,9	2,0	3 325	12,7	9 496	36,2	5 968	22,7	31,5	38,6	19,9	867	261	30,1	446	51,5	420	48,5	132,4	2 488
Land Hessen	119 203	100,0	- 4,7	2,0	14 026	11,8	47 273	39,7	26 698	22,4	36,3	37,1	23,8	909	321	35,3	452	49,7	457	50,3	653,6	2 755
davon kreisfreie Städte	51 644	43,3	- 3,7	1,9	5 734	11,1	24 598	47,6	10 250	19,8	41,4	32,2	29,4	923	352	38,1	413	44,7	510	55,3	316,2	3 283
Landkreise	67 559	56,7	- 5,4	2,1	8 292	12,3	22 675	33,6	16 448	24,3	32,4	40,8	19,5	898	298	33,1	482	53,7	416	46,3	337,4	2 395

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Gegenüber dem Vorjahr. — 3) Kinder unter 18 Jahren. — 4) Einschl. Bruttokaltmiete. — 5) Anzahl der Bedarfsgemeinschaften x Nettoanspruch x 12. — 6) Anteil am Bruttobedarf. — 7) Abnahme durch Zuordnungsfehler im Berichtsjahr überzeichnet. — 8) Untererfassung von 898 Bedarfsgemeinschaften mit 1691 Empfängern.

4,6 % höherer durchschnittlicher Bruttobedarf als 2002. Der Zuwachs erklärt sich aus der Tatsache, dass die Bedarfsgemeinschaften durch den Wegfall der in die Grundsicherung nach dem GSIG abgewanderten Empfänger im Mittel größer geworden sind und damit einen höheren Bedarf haben. Auf der anderen Seite haben sich die Abgänge auf den Durchschnitt zusätzlich erhöhend ausgewirkt, da der Bruttobedarf z. B. allein lebender Haushaltsvorstände in der Vergangenheit knapp 30 % unter dem Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften lag. Durch höhere anrechenbare Einkommen, etwa durch vorrangig auszubehandelnde andere Sozialleistungen wie Wohngeld, Kindergeld und GSIG-Leistungen, war der auszahlende Nettoanspruch mit 457 Euro gegenüber dem Vorjahr mit 452 Euro nahezu unverändert. Die hochgerechneten Jahresausgaben für die am Jahresende 2003 bestehenden Bedarfsgemeinschaften lag um 22 Mill. Euro unter denen des Jahres 2002, einem Betrag, der nahezu exakt dem Rückgang der Ausgaben für einzeln nachgewiesene Haushalte entspricht, deren Zahl durch die Einführung der GSIG-Leistungen zurückgegangen ist. Gleichzeitig haben sich die durchschnittlichen Aufwendungen je Empfänger/In und Jahr wie auch schon im vergangenen Jahr noch einmal verringert, und zwar um 2,8 % oder 79 Euro auf 2755 Euro. Wie damals übertrafen die Aufwendungen für allein lebende Männer — 4918 Euro — diesen Durchschnitt erheblich, nämlich um fast 79 %. Auf nur 52 % des Durchschnitts (1436 Euro) beliefen sich die Pro-Kopf-Aufwendungen für Ehepaare mit 3 oder mehr Kindern unter 18 Jahren.

Durch die Einführung der GSIG-Leistungen hat sich der Unterstützungbedarf vieler älterer Sozialhilfeempfänger deutlich verringert, was sich am Rückgang der Empfänger mit Einkünften aus Wohngeld und Rente ablesen lässt. Arbeitslose beanspruchten allerdings verstärkt Sozialhilfe, da die Arbeitslosenunterstützung offenbar nicht ausreichte, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Verstärkt nachgefragt wurden Sozialleistungen auch von Bedarfsgemeinschaften, deren Einkünfte aus sonstigen Einnahmen und aus privater Unterstützung für eine Lebensführung nicht ausreichten.

Der Bruttobedarf der Bedarfsgemeinschaften schwankte innerhalb der Verwaltungsbezirke zwischen 763 Euro im Werra-Meißner-Kreis und 980 Euro im Landkreis Darmstadt-Dieburg, wobei die Werte in Südhessen nicht zuletzt wegen der höheren Bruttokaltmieten in diesen dicht besiedelten Gebieten fast alle über dem Landesdurchschnitt lagen. Eine größere Schwankungsbreite hatten die Auszahlungsbeträge, die zwischen 365 Euro im Vogelsbergkreis und 556 Euro in Frankfurt differierten. Einen Anhaltspunkt für die dämpfende Wirkung der Größe der Bedarfsgemeinschaften auf den durchschnittlichen Nettoanspruch bei gleichzeitig hohem anzurechnendem Einkommen gibt der Rheingau-Taunus-Kreis. Dort gab es die im Vergleich aller

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2003 nach Erwerbsstatus

Art der Angabe	Empfänger insgesamt		und zwar			
			weiblich		Nicht-deutsche	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	150 936	100	86 968	100	50 492	100
davon						
erwerbstätig	15 808	10,5	9 400	10,8	5 466	10,8
davon						
vollzeit	6 664	4,4	2 628	3,0	2 596	5,1
teilzeit	9 144	6,1	6 772	7,8	2 870	5,7
arbeitslos	65 610	43,5	28 020	32,2	20 037	39,7
davon						
mit AFR-Leistung	22 456	14,9	8 902	10,2	6 977	13,8
ohne AFR-Leistung	43 154	28,6	19 118	22,0	13 060	25,9
nichterwerbstätig	69 518	46,1	49 548	57,0	24 989	49,5
davon wegen						
Aus- und Fortbildung	10 604	7,0	5 507	6,3	3 679	7,3
häuslicher Bindung	24 523	16,2	24 109	27,7	8 590	17,0
Krankheit	11 078	7,3	5 664	6,5	2 577	5,1
Alter	1 801	1,2	1 155	1,3	736	1,5
sonstiger Gründe	21 512	14,3	13 113	15,1	9 407	18,6

1) Außerhalb von Einrichtungen.

Verwaltungsbezirke größten Bedarfsgemeinschaften, für die das im Mittel höchste anzurechnende Einkommen registriert wurde, sodass die Kommunen als Folge nur 2031 Euro je Sozialhilfeempfänger im Jahr 2003 aufwenden mussten. Mit 3772 Euro war der Aufwand in Frankfurt dagegen am höchsten, wo die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften am kleinsten war.

Arbeitslosigkeit nach wie vor häufigster Grund für den Bezug von Sozialhilfe

Nach dem Ausscheiden der älteren Sozialhilfeempfänger durch Leistungen nach dem GSIG ist der Anteil der erwerbsfähigen Empfänger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf knapp 64 % gestiegen, nachdem es im Vorjahr noch 61 % waren. Gleichzeitig ist deren Zahl um 4,1 % gewachsen, wobei sich insbesondere der Rückgang bei den 60- bis unter 65-Jährigen dämpfend auf den Zuwachs auswirkte. Wie im Jahr 2002 bildeten auch im Berichtsjahr die Arbeitslosen die größte Einzelgruppe, deren Zahl um fast 11 % gestiegen ist. Gut zwei Drittel der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger war länger als ein Jahr arbeitslos. Jeder fünfte Langzeitarbeitslose war 2003 jünger als 30 Jahre. Auf Grund von GSIG wurden laufende Hilfen zum Lebensunterhalt aus Alters- und Krankheitsgründen erwartungsgemäß erheblich seltener in Anspruch genommen als im Vorjahr.

Neun von zehn Sozialhilfeempfängern hätten Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld bezogen

Zum 1.1.2005 treten die Regelungen des SGB II — Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) — in Kraft. Unter der Annahme, dass diese Regelungen schon zu Beginn des Jah-

Schätzung des Aktivierungspotenzials unter den Sozialhilfeempfängern¹⁾ am 31.12.2003

Art der Angabe	Bedarfsgemeinschaften		Personen in Bedarfsgemeinschaften							
	Anzahl	%	Anzahl	%	darunter					
					eingeschränkt verfügbare Erwerbsfähige		nicht Erwerbsfähige		GSiG-Empfänger	
					Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bedarfsgemeinschaften (BG) in der Sozialhilfe ¹⁾ insgesamt	119 203	100	237 217	100	36 115	15,2	99 328	41,9	12 851	5,4
./i. BG mit Personen, die Grundsicherung erhalten ²⁾	8 897	7,5	9 921	4,2	—	—	—	—	9 921	100,0
= BG mit Personen im Alter unter 65 Jahren, die nicht dauerhaft voll erwerbsgemindert sind	110 306	92,5	227 296	95,8	36 115	15,9	99 328	43,7	2 930	1,3
./i. BG mit Personen, die in Sozialhilfe gehen	11 653	9,8	14 540	6,1	—	—	13 769	94,7	771	5,3
= BG mit Personen, die in ALG II gehen	98 653	82,8	212 756	89,7	36 115	17,0	85 559	40,2	2 159	1,0
./i. Vollzeitbeschäftigte	5 447	4,6	14 840	6,3	2 153	14,5	6 614	44,6	57	0,4
./i. häusliche Bindung ³⁾	6 268	5,3	18 017	7,6	6 302	35,0	11 530	64,0	185	1,0
= BG mit Aktivierungspotenzial	86 938	72,9	179 899	75,8	27 660	15,4	67 415	37,5	1 917	1,1
darunter Personen mit Aktivierungspotenzial ⁴⁾	X	X	109 487	46,2	X	X	X	X	X	X
davon										
im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	X	X	17 772	7,5	X	X	X	X	X	X
im Alter von 25 bis unter 65 Jahren	X	X	91 715	38,7	X	X	X	X	X	X

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. — 2) Empfänger sind wegen voller Erwerbsminderung oder aus Altersgründen nicht erwerbsfähig, erhalten also grundsätzlich die entsprechende Leistung nach GSiG. — 3) Bedarfsgemeinschaften mit häuslich gebundenen Empfängern, die Kleinkinder oder Pflegefälle betreuen. — 4) Umfasst alle erwerbsfähigen — auch eingeschränkt verfügbaren — Personen, aber ohne die Vollzeitbeschäftigten.

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ und deren mögliche Zuordnung gemäß Hartz IV am 31.12.2003 nach Verwaltungsbezirken

Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger	darunter Empfänger von/mit													Lfd. Nr.	
			Vollzeiterwerbstätigkeit		Sozialhilfe		Grundsicherung		Aktivierungspotenzial		davon im Alter von				Sozialgeld		
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	15 bis unter 25 Jahren		25 bis unter 65 Jahren		Anzahl		%
1	Darmstadt, Wissenschaftsst.	6 709	166	2,5	379	5,6	401	6,0	3 031	45,2	464	15,3	2 567	84,7	2 433	36,3	1
2	Frankfurt am Main, St.	40 620	1 636	4,0	2 446	6,0	3 383	8,3	18 762	46,2	2 648	14,1	16 114	85,9	12 752	31,4	2
3	Offenbach am Main, St.	11 189	388	3,5	633	5,7	729	6,5	4 963	44,4	732	14,7	4 231	85,3	4 066	36,3	3
4	Wiesbaden, Landeshauptst.	18 649	735	3,9	1 118	6,0	116	0,6	9 143	49,0	1 399	15,3	7 744	84,7	6 867	36,8	4
5	Bergstraße ²⁾	5 634	136	2,4	470	8,3	293	5,2	2 286	40,6	342	15,0	1 944	85,0	2 224	39,5	5
6	Darmstadt-Dieburg	7 870	259	3,3	378	4,8	395	5,0	3 151	40,0	484	15,4	2 667	84,6	3 306	42,0	6
7	Groß-Gerau	8 134	242	3,0	311	3,8	259	3,2	3 773	46,4	682	18,1	3 091	81,9	3 204	39,4	7
8	Hochtaunuskreis	5 073	149	2,9	333	6,6	271	5,3	2 270	44,7	355	15,6	1 915	84,4	1 813	35,7	8
9	Main-Kinzig-Kreis	12 631	299	2,4	804	6,4	686	5,4	5 411	42,8	892	16,5	4 519	83,5	4 838	38,3	9
10	Main-Taunus-Kreis	4 550	150	3,3	255	5,6	226	5,0	2 046	45,0	303	14,8	1 743	85,2	1 696	37,3	10
11	Odenwaldkreis	2 315	36	1,6	114	4,9	73	3,2	1 027	44,4	183	17,8	844	82,2	976	42,2	11
12	Offenbach	12 046	335	2,8	607	5,0	1 036	8,6	5 254	43,6	885	16,8	4 369	83,2	4 440	36,9	12
13	Rheingau-Taunus-Kreis	3 885	108	2,8	145	3,7	191	4,9	1 692	43,6	282	16,7	1 410	83,3	1 556	40,1	13
14	Wetteraukreis	9 995	293	2,9	556	5,6	401	4,0	4 655	46,6	739	15,9	3 916	84,1	3 757	37,6	14
15	Reg.-Bez. D a r m s t a d t	149 300	4 932	3,3	8 549	5,7	8 460	5,7	67 464	45,2	10 390	15,4	57 074	84,6	53 928	36,1	15
16	Gießen	9 897	237	2,4	651	6,6	288	2,9	4 649	47,0	773	16,6	3 876	83,4	3 742	37,8	16
17	Lahn-Dill-Kreis	8 415	148	1,8	469	5,6	461	5,5	4 053	48,2	704	17,4	3 349	82,6	3 006	35,7	17
18	Limburg-Weilburg	6 231	128	2,1	337	5,4	284	4,6	2 923	46,9	542	18,5	2 381	81,5	2 328	37,4	18
19	Marburg-Biedenkopf	6 248	139	2,2	339	5,4	466	7,5	2 935	47,0	580	19,8	2 355	80,2	2 144	34,3	19
20	Vogelsbergkreis	3 893	55	1,4	235	6,0	210	5,4	1 874	48,1	385	20,5	1 489	79,5	1 380	35,4	20
21	Reg.-Bez. G i e ß e n	34 684	707	2,0	2 031	5,9	1 709	4,9	16 434	47,4	2 984	18,2	13 450	81,8	12 600	36,3	21
22	Kassel, documenta-St.	19 163	385	2,0	1 007	5,3	1 081	5,6	9 644	50,3	1 482	15,4	8 162	84,6	6 526	34,1	22
23	Fulda	6 449	136	2,1	373	5,8	257	4,0	3 055	47,4	490	16,0	2 565	84,0	2 411	37,4	23
24	Hersfeld-Rotenburg	4 048	50	1,2	203	5,0	180	4,4	2 039	50,4	411	20,2	1 628	79,8	1 458	36,0	24
25	Kassel	7 371	150	2,0	637	8,6	384	5,2	3 137	42,6	538	17,2	2 599	82,8	2 766	37,5	25
26	Schwalm-Eder-Kreis	7 177	133	1,9	400	5,6	225	3,1	3 540	49,3	678	19,2	2 862	80,8	2 647	36,9	26
27	Waldeck-Frankenberg	4 825	93	1,9	279	5,8	318	6,6	2 145	44,5	374	17,4	1 771	82,6	1 796	37,2	27
28	Werra-Meißner-Kreis	4 200	67	1,6	290	6,9	237	5,6	2 029	48,3	425	20,9	1 604	79,1	1 427	34,0	28
29	Reg.-Bez. K a s s e l	53 233	1 014	1,9	3 189	6,0	2 682	5,0	25 589	48,1	4 398	17,2	21 191	82,8	19 031	35,8	29
30	Land H e s s e n davon	237 217	6 653	2,8	13 769	5,8	12 851	5,4	109 487	46,2	17 772	16,2	91 715	83,8	85 559	36,1	30
31	kreisfreie Städte	96 330	3 310	3,4	5 583	5,8	5 710	5,9	45 543	47,3	6 725	14,8	38 818	85,2	32 644	33,9	31
32	Landkreise	140 887	3 343	2,4	8 186	5,8	7 141	5,1	63 944	45,4	11 047	17,3	52 897	82,7	52 915	37,6	32

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Untererfassung von 898 Bedarfsgemeinschaften mit 1691 Empfängern.

res 2003 gegolten und alle Anspruchsberechtigten Leistungen nach SGI erhalten hätten, wären die Leistungen an 83 % aller Bedarfsgemeinschaften bzw. 90 % aller Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem neuen Gesetz erfolgt. Entsprechend ihrem Erwerbsstatus erhalten nach diesem Gesetz erwerbsfähige Hilfebedürftige Arbeitslosengeld II. Nicht erwerbsfähige Angehörige, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bedarfsgemeinschaft leben, erhalten Sozialgeld, soweit sie keinen Anspruch auf Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben oder diese Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht ausreichen.

Für diese Berechnung wurden die Empfänger und die zugehörigen Bedarfsgemeinschaften anhand der Merkmale Alter, Erwerbsstatus, dauerhafte Erwerbsminderung, Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe, der Merkmalsausprägung „in schulischer Ausbildung“ des Merkmals „höchster allgemeinbildender Schulabschluss“ sowie dem Vorhandensein von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen in der Bedarfsgemeinschaft auf sechzehn Gruppen verteilt¹⁾. In Abhängigkeit von der jeweils persönlichen Situation der Mitglieder, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu können, wurden die Gruppen dann einer der drei Ampelfarben zugeordnet: Grün wurde vergeben, wenn mindestens ein erwerbsfähiges bzw. voll- oder teilzeiterwerbstätiges Mitglied in einer Bedarfsgemeinschaft angetroffen wurde. Gelb wurde zugeordnet, wenn in einer Bedarfsgemeinschaft mindestens ein erwerbsfähiges Mitglied anzutreffen war, das zumindest eingeschränkt verfügbar war. Die Ampelfarbe rot zeigte an, dass kein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft erwerbsfähig war. Detailliert betrachtet setzen sich die überschneidungsfrei abgegrenzten Kategorien, die für die Ampelfarben stehen, aus den folgenden Bedarfsgemeinschaften und Empfängern zusammen:

- grün: Bedarfsgemeinschaften, in denen mindestens ein Mitglied vollzeiterwerbstätig ist, sowie Bedarfsgemeinschaften mit „Aktivierungspotenzial“, in denen mindestens ein/e bisherige/r Empfänger/in von Sozialhilfe lebt, die auf Grund der persönlichen Situation durch geeignete Maßnahmen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln wäre, um

dann den Lebensunterhalt aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft sichern zu können;

- gelb: Bedarfsgemeinschaften, deren nicht erwerbstätige Mitglieder 21 Jahre und älter und noch in schulischer Ausbildung oder durch die Betreuung von Kindern oder durch die Pflege von Angehörigen häuslich gebunden sind;
- rot: Bedarfsgemeinschaften mit Empfängern von Leistungen nach dem Gesetz über die Grundsicherung im Alter oder bei dauerhafter Erwerbsminderung; Bedarfsgemeinschaften mit Personen, die keiner Tätigkeit von mindestens drei Stunden in der Woche nachgehen können und zukünftig Leistungen der Sozialhilfe erhalten oder unter 21 Jahre alt und noch in schulischer Ausbildung sind.

Mit dieser Einteilung lässt sich der Kreis der Bedarfsgemeinschaften und Empfänger abgrenzen, die Arbeitslosengeld II bezogen hätten, nämlich die mit gelb und grün gekennzeichneten Bedarfsgemeinschaften, knapp 99 000 (83%) mit 213 000 Empfängern (90%). Von diesen hätten schätzungsweise 86 000 Personen oder 40 % Sozialgeld erhalten. Ein „Aktivierungspotenzial“ besaßen gut 109 000 Empfänger, 46 % aller Sozialhilfeempfänger. Dieser Personenkreis wäre bei einem entsprechendem Angebot auf dem Arbeitsmarkt in der Lage gewesen, eine Tätigkeit aufzunehmen. Nicht in die Abgrenzung einbezogen werden Bedarfsgemeinschaften mit ausschließlich Vollzeiterwerbstätigen und Bedarfsgemeinschaften, in denen Kleinkinder oder Angehörige zu pflegen wären. Für diesen Personenkreis hätten die kommunalen Träger gemäß §16 Abs. 2 Satz 2 SGB II Leistungen zur Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder bzw. zur häuslichen Pflege von Angehörigen zu erbringen. Jede sechste Person mit Aktivierungspotenzial wäre im Alter zwischen 15 bis unter 25 Jahren gewesen. Nach den Regelungen des § 3 Abs. 2 SGB II hätten die Job-Center die Aufgabe gehabt, diese Personen „unverzüglich [...] in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln“. Mithin hätte für knapp 18 000 Personen ein vorrangiger Vermittlungsbedarf bestanden. Der Anteil der Frauen hätte bei 57 % und damit höher als im Durchschnitt aller Sozialhilfeempfänger gelegen.

Während sich für Frankfurt das größte Aktivierungspotenzial errechnete, wäre es im Landkreis Hersfeld-Rotenburg mit 50 % relativ am größten und im Landkreis Darmstadt-Dieburg relativ am niedrigsten gewesen. Der Anteil der in der Sozialhilfe verbleibenden Personen wäre im Landkreis Kassel mit 8,6 % am höchsten und im Rheingau-Taunus-Kreis mit 3,7 % am niedrigsten gewesen. □

1) Die hier zu Grunde gelegte Abgrenzung der Bedarfsgemeinschaften und Empfänger orientiert sich an der Definition des Arbeitskreises „Quantifizierung“ vom 11. März 2004. Im Unterschied zu dort sind die sechzehn Gruppen überschneidungsfrei abgegrenzt, wobei die Abweichungen zwischen den beiden Abgrenzungen für fast alle Gruppen unter 1 % liegen.

Historische Fundgrube Volkszählungen in Hessen¹⁾ von 1871 bis 1939

In der Rubrik „Historische Fundgrube“ wird in unregelmäßigen Abständen Archivmaterial der Bibliothek des Hessischen Statistischen Landesamtes ausgewertet.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 wurde das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik im gesamten Reichsgebiet vereinheitlicht. Die Großherzogliche Zentralstelle für die Landesstatistik führte nunmehr die Statistiken gemäß den Beschlüssen des Bundesrates durch. Das Programm war stark beeinflusst von den Erfahrungen, die die Zentralstellen für Statistik in den einzelnen deutschen Staaten z. T. jahrzehntelang gesammelt hatten. Länderübergreifend gab es zudem in den Staaten des Deutschen Zollvereins, dem auch Hessen angehörte, bereits seit 1834 für die Volkszählungen einheitliche Termine und einen — wenn auch kleinen — verbindlichen Merkmalskatalog, der von den einzelnen Staaten erweitert werden konnte. Die Statistik der Volkszählungen des Zollvereins bildete die Grundlage für die Zählungen im Deutschen Reich. Das Datenmaterial wurde von Bevölkerungswissenschaftlern ausführlich ausgewertet. Ferner wurden die Ergebnisse u. a. verwendet für die Verteilung der Steuereinnahmen, die Einteilung der Wahlkreise und die zunehmende Zahl von Verwaltungsmaßnahmen.

Volkszählungen im Deutschen Reich

Die erste Volkszählung in allen Staaten des Deutschen Reiches nach einheitlichen Grundsätzen fand am 1. Dezember 1871 statt. Folgende Erhebungsmerkmale waren für alle Staaten obligatorisch: Geschlecht, Geburts- und Wohnort, Geburtsjahr, Familienstand, Stellung im Haushalt, Religionsbekenntnis, Staatsangehörigkeit und Beruf. Außerdem wurden vom Bundesrat noch Merkmale festgelegt, die die einzelnen Länder freiwillig erheben konnten. Ermittelt wurde die ortsanwesende Bevölkerung. Zwischen 1875 und 1910 fanden die Volkszählungen im 5-Jahres-Rhythmus, jeweils am 1. Dezember, statt. Damit erfolgte eine Angleichung an die Zensusstermine im Ausland. Das Programm der Volkszählung war bis 1910 im Wesentlichen gleichbleibend, vereinzelt wurden zusätzliche Merkmale auf Grund der sich ändernden sozialen Rahmenbedingungen aufgenommen. Im Jahr 1900 wurden z. B. erstmals die Pendler gezählt, deren Zahl mit dem Ausbau der Verkehrswege zunahm. Durch den Ausbruch des 1. Weltkriegs konnte der 5-Jahres-Rhythmus nicht mehr eingehalten werden. In den Jahren 1916 und 1917 wurde neben der Gesamtbevölkerung lediglich das Alter ermittelt und die Ergebnisse wurden nur für die Lebensmittelbewirtschaftung ausgewertet. Die erste Zählung nach dem 1. Weltkrieg fand 1919 statt und war ebenfalls in erster Linie Grundlage der Lebensmittelbewirtschaftung, einige Ergebnisse wurden aber wieder veröffentlicht. Die einzige vollständige Volkszählung in der Weimarer Republik erfolgte 1925. Neben der ortsanwesenden wurde auch die Wohnbevölkerung ermittelt; die Fragen lehnten sich an den Katalog

von 1910 an. Auf Grund der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen Finanznot des Reiches und der Länder konnte die für 1930 geplante Volkszählung nicht stattfinden. In der Zeit der NS-Herrschaft wurden in den Jahren 1933 und 1939 Volkszählungen durchgeführt, die — wie bereits die Zählung aus dem Jahr 1925 — beide mit Berufs- und Betriebszählungen verbunden waren²⁾. Insbesondere die Zählung im Jahr 1939 wurde durch den NS-Staat instrumentalisiert. Sie wurde als „Eröffnungsbilanz des Großdeutschen Reiches“ bezeichnet und beinhaltete Fragen sowohl nach der Volks- als auch nach der Rassenzugehörigkeit. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage der so genannten „Volksstumskartei“ mit Namenslisten von Ausländern, Personen mit fremder Volkszugehörigkeit und der jüdischen Bevölkerung³⁾.

Durchführung der Zählungen

Die Durchführung der Zählungen war den einzelnen Ländern vorbehalten. In Hessen wurde die Volkszählung in Zusammenarbeit mit den Kreisämtern ausgerichtet. Um die ortsanwesende Bevölkerung möglichst genau zu erfassen, sollten die „Großherzoglichen Kreisämter thunlichst darauf Bedacht nehmen, dass Veranstaltungen wie öffentliche Versammlungen und Feste, Jahrmärkte usw. zur Zeit der Zählung nicht stattfinden“. Die Kreisämter bestimmten für die Gemeinden Zählungskommissionen. Die Zählungskommissionen legten Zählbezirke fest, die nicht mehr als 50 Haushalte umfassen sollten, und setzten für jeden Zählbezirk einen Zähler ein. Die Zähler verteilten die Zählpapiere an die Haushalte, die diese ausfüllten, und sammelten sie nach dem Stichtag wieder ein. Mit Hilfe von Kontrolllisten wurde die Zählung auf Vollständigkeit geprüft und anschließend wurden der Zentralstelle für Statistik die Erhebungsunterlagen wieder zugesendet. Zähler und Zählungskommissionen wa-

1) In den folgenden Ausführungen bezeichnet Hessen das Großherzogtum Hessen-Darmstadt bzw. ab 1919 den Volksstaat Hessen mit den Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen.

2) Vgl.: „Bevölkerung und Wirtschaft 1872—1972“, Wiesbaden 1972, S. 15 ff.

3) Vgl.: „Zur Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft im deutschsprachigen Raum von den Anfängen bis 1945“ in „Berliner Statistik“, Berlin 2001, S. 115.

ren ehrenamtlich tätig. Die Aufbereitung der Zählung war Aufgabe des Landesstatistischen Amtes Darmstadt, die Hauptergebnisse wurden an das Reichsamt übermittelt⁴⁾. Dieses Verfahren zur Ermittlung der Bevölkerungszahlen wurde bis zum 2. Weltkrieg nur geringfügig geändert. Im Jahr 1900 enthielten die Bestimmungen erstmals einen Hinweis auf den Datenschutz. Die Ergebnisse durften, „sofern nicht einzelne Landesregierungen aus besonderen Gründen anderes verfügen, nur zu statistischen Zusammenstellungen benutzt werden“⁵⁾. Im Jahr 1939 wurde die Zählung im Statistischen Reichsamt erstmals maschinell mit einem Hollerithsystem aufbereitet, während die Landstellen zusätzlich manuelle Berechnungen vornahmten.

Ergebnisse der Volkszählungen

Die Ergebnisse wurden über den gesamten Zeitraum in großer Ausführlichkeit veröffentlicht. Bis 1910 wurden die Auswertungen der Volkszählungen für Hessen in den von der Großherzoglichen Zentralstelle für die Landesstatistik herausgegebenen Beiträgen sehr differenziert dargestellt. Der bis zu 200 Seiten starke Tabellenteil enthält neben Landesergebnissen auch Daten auf Kreis- und Gemeindeebene für die einzelnen Erhebungsmerkmale. Das Tabellenprogramm blieb zwischen 1871 und 1910 nahezu konstant, sodass zeitliche Vergleiche möglich sind.

Nach dem 1. Weltkrieg wurden die Ergebnisse der Volkszählungen vom Landesstatistischen Amt in Darmstadt nicht mehr in der bisherigen Ausführlichkeit veröffentlicht. Die wissenschaftliche Analyse und die Veröffentlichungstätigkeit verlagerte sich insgesamt auf das statistische Reichsamt, das die Volkszählungsergebnisse aller Länder vor allen Dingen in dem Quellenwerk „Statistik des Deutschen Reiches“ veröffentlichte. Im nächsten Abschnitt wird die Entwicklung der Gesamtbevölkerung Hessens dargestellt; es handelt sich dabei um ausgewählte Eckzahlen aus den jeweiligen Zählungen.

Bevölkerungsentwicklung in Hessen

Hessen hatte — wie das gesamte Deutsche Reich — von 1871 bis 1939 ein rasantes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Im Jahr 1939 lebten in Hessen 617 000 Personen mehr als zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches. Das war eine Zunahme um fast 72 % in knapp 70 Jahren. Der Anstieg der Einwohnerzahlen war in der Zeit von 1871 bis zum 1. Weltkrieg besonders hoch. Bei der Volkszählung im Jahr 1905 wurde erstmals eine Einwohnerzahl von mehr als 1 Mill. festgestellt. Der geringe Bevölkerungszuwachs zwischen 1910 und 1919 ist auf den Einfluss des 1. Weltkrieges zurückzuführen. Zum einen gab es zwischen 1914 und 1918 einen starken Rückgang der Geburten, zum anderen waren

Gesamtbevölkerung Hessens von 1871 bis 1939

Jahr	Bevölkerung ¹⁾		davon Anteil der städtischen Bevölkerung
	1000	je km ²	%
1871	853	111	36
1875	884	115	40
1880	936	122	42
1885	957	125	45
1890	993	129	46
1895	1 039	135	48
1900	1 120	146	54
1905	1 209	157	58
1910	1 282	167	61
1919	1 291	.	.
1925	1 347	175	63
1933	1 427	186	65
1939	1 469	191	67

1) Bis 1919: ortsanwesende Bevölkerung; ab 1925: Wohnbevölkerung.

hohe Kriegsverluste zu verzeichnen. Etwa ein Achtel aller Männer, die bei der Volkszählung 1910 zwischen 15 und 40 Jahre alt waren, ist im 1. Weltkrieg gefallen bzw. an den Kriegsfolgen gestorben.

Das Bevölkerungswachstum war auf anhaltend hohe Geburtenüberschüsse zurückzuführen, die insbesondere in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg beobachtet wurden. Die Geburtenüberschüsse zwischen dem 1. und dem 2. Weltkrieg erreichten nicht mehr die Höhe der Vorkriegszahlen. Wanderungsgewinne für das gesamte hessische Gebiet waren dagegen nur in wenigen Jahren zu verzeichnen.

Die regionale Entwicklung der Einwohnerzahlen in Hessen war nicht gleichmäßig. Die Landflucht, die bereits mit dem Beginn der Industrialisierung eingesetzt hatte, hielt weiterhin an, insbesondere in der Zeit bis zum 1. Weltkrieg. Gebiete ohne Arbeitsplätze in Industrie und Handel bzw. ohne Verkehrsanbindung an die Zentren registrierten nur eine geringe Bevölkerungszunahme oder sogar eine Abnahme. In den Industrie- und Handelsregionen entstanden immer neue Arbeitsplätze und sie verzeichneten im Gegensatz zu den landwirtschaftlich geprägten Regionen Zuwanderungen und eine stärkere Bevölkerungszunahme. Während 1871 nur rund 36 % der Hessen in städtischen Gemeinden (Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern) lebten, stieg ihr Anteil auf rund 67 % im Jahr 1939. Bei der Interpretation muss man allerdings den Eingemeindungen in größere Gemeinden Rechnung tragen und berücksichtigen, dass die Zahl der Orte mit weniger als 2000 Einwohnern abnahm.

Kurz vor Ausbruch des 2. Weltkrieges war die Bevölkerung Hessens auf knapp 1,47 Mill. Menschen angewachsen. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte betrug 191 Einwohner pro Quadratkilometer. Die heutige durchschnittliche Bevölkerungsdichte Hessens ist mit fast 290 Einwohnern pro Quadratkilometer um mehr als die Hälfte höher.

4) Vgl.: „Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen“, Band 14, Darmstadt 1875, S. 1 ff.

5) Vgl.: „Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen“, Band 51, Heft 2, Darmstadt 1903, S. 1.

Schlussbemerkung

Während des 2. Weltkrieges fand keine Volkszählung statt. Im Jahr 1946 gab es auf Anordnung der Militärregierungen

8) Vgl.: „Bevölkerung und Wirtschaft 1872—1972“, a. a. O., S. 54.

in jeder Zone eine Volkszählung, die in einigen Ländern mit einer Wohnungszählung verbunden wurde. Eine Koordinierung der Programme wurde jedoch nicht vorgenommen. Die erste Volkszählung in der Bundesrepublik Deutschland nach einheitlichen Grundsätzen wurde 1950 durchgeführt⁸⁾. □

Zahlen für Hessen

Neuaufgabe des Faltblattes „Hessen in Zahlen“ erschienen

Ausgewählte Daten über Bevölkerung und Wirtschaft in Hessen bietet das in seiner 25. Auflage erschienene Faltblatt „Hessen in Zahlen“. Dieser vom Hessischen Statistischen Landesamt in Wiesbaden herausgegebene statistische Zahlenspiegel bietet wieder einen kleinen, interessanten Ausschnitt aus dem reichhaltigen Datenmaterial der amtlichen Statistik Hessens. Neben aktuellen Daten aus den Bereichen Bevölkerung und Gebiet, Haushalte und Familien, Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel und Tourismus, Finanzen und Steuern, Wahlen sowie Verkehr sind auch Vergleichszahlen der letzten Jahre enthalten.

Das Faltblatt wird vom Hessischen Statistischen Landesamt kostenlos abgegeben; es ist besonders zur Auslage an Stellen mit Publikumsverkehr geeignet.

Anforderungen mit Mengenangaben richten Sie bitte an:

STATISTIK HESSEN

Hessisches Statistisches Landesamt,
Zentraler Auskunftsdienst, 65175 Wiesbaden.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁶⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2000 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁶⁾ 2000 = 100	Preis- index für die Lebenshaltung ⁷⁾ 2000 = 100	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosenquote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹¹⁾	
	Insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2001 D	97,8	96,7	99,1	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	96,3	92,8	101,2	452 189	83,9	30 621	101,8	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2003 D	97,4	90,9	106,6	435 917	75,3	28 720	100,7	103,9	241 998	8,8	25 985	17 651
2003 Juni	94,1	88,7	102,0	436 126	82,5	28 934	93,7	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj.D	95,5	90,7	102,5	436 570	74,0	28 980	99,7	103,7
Juli	100,9	98,3	104,6	435 148	83,1	29 056	99,7	104,0	248 582	9,0	25 942	20 139
August	85,1	79,2	93,5	435 572	78,4	29 110	91,3	104,1	246 084	8,9	25 703	16 380
September	100,7	93,5	111,0	435 184	84,6	28 879	98,9	104,0	238 537	8,7	23 405	18 540
3. Vj. D	95,6	90,3	103,0	435 301	85,4	29 015	96,6	104,0
Oktober	104,1	97,8	112,8	434 314	73,7	28 783	106,7	104,0	236 953	8,6	22 027	10 718
November	99,6	92,9	109,0	432 996	74,4	28 541	104,8	103,7	238 405	8,7	20 465	10 377
Dezember	95,5	81,6	115,2	429 554	85,2	27 722	122,6	104,5	243 951	8,9	19 399	8 945
4. Vj. D	99,7	90,8	112,3	432 288	77,8	28 349	111,4	104,1
2004 Januar	96,5	90,3	105,3	430 387	34,8	26 570	92,5	104,6	258 838	9,4	21 654	10 745
Februar	96,7	90,6	110,1	428 845	51,1	26 398	87,0	104,8	261 105	9,5	24 975	11 873
März	117,9	110,7	128,0	428 761	64,1	26 800	102,1	105,2	256 826	9,3	25 790	12 264
1. Vj. D	104,4	97,2	114,5	429 331	50,0	26 523	93,8	104,9
April	103,7	95,1	116,0	427 850	82,9	26 291	101,7	105,4	253 860	9,2	24 498	11 829
Mai	97,7	86,8	113,0	426 287	78,4	26 334	95,1	105,6	246 697	9,0	23 635	11 264
Juni	109,1	99,1	123,2	426 489	95,7	26 349	96,7	105,5	243 058	8,9	22 681	10 740
2. Vj.D	103,5	93,7	117,4	426 875	85,7	26 325	97,8	105,5
Juli	101,3	90,8	116,2	426 871	89,9	26 508	97,4	105,7	255 629	9,3	23 243	9 259
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁽¹³⁾												
2001 D	- 2,2	- 3,3	- 0,9	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 1,5	- 4,0	2,1	- 3,1	- 12,3	- 7,8	1,4	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2003 D	1,1	- 2,0	5,3	- 3,6	- 10,2	- 6,2	- 1,1	0,9	13,3	.	- 17,2	15,4
2003 Juni	- 3,9	- 4,0	- 3,3	- 3,4	- 26,9	- 4,9	- 2,1	0,8	13,2	.	- 15,1	109,4
2. Vj.	- 3,3	- 2,6	- 4,0	- 3,4	- 23,7	- 5,9	- 0,3	0,7
Juli	- 1,6	- 1,6	- 1,5	- 3,9	- 1,7	- 3,5	1,5	0,7	16,0	.	- 14,2	152,1
August	- 8,2	- 13,3	- 1,4	- 4,0	- 12,1	- 4,8	- 7,5	1,0	17,0	.	- 10,3	84,5
September	3,6	1,7	6,0	- 3,9	13,1	- 5,8	1,0	1,0	14,9	.	- 13,4	97,5
3. Vj.	- 1,9	- 4,3	1,1	- 3,9	- 0,5	- 4,7	- 1,7	0,9
Oktober	1,8	- 2,4	7,1	- 3,5	- 12,3	- 6,3	- 0,2	1,1	13,5	.	- 13,7	1,3
November	0,1	- 2,5	3,4	- 3,3	- 0,7	- 6,8	- 5,4	1,1	11,6	.	- 17,4	- 9,2
Dezember	9,6	- 3,0	26,3	- 3,6	11,5	- 7,2	2,9	0,9	9,7	.	- 16,4	- 19,6
4. Vj.	3,5	- 2,6	11,6	- 3,5	- 0,9	- 6,8	- 0,8	1,1
2004 Januar	- 1,7	- 0,2	- 3,4	- 2,2	- 29,0	- 7,1	- 2,3	1,1	6,0	.	- 15,6	- 25,5
Februar	0,4	- 0,8	1,9	- 2,5	- 13,6	- 6,7	- 2,4	0,8	4,6	.	- 13,5	- 22,2
März	17,8	17,4	18,1	- 2,3	- 23,7	- 7,3	1,0	1,3	4,0	.	- 15,2	- 23,2
1. Vj.	5,6	5,7	5,5	- 2,3	- 22,0	- 7,1	- 1,3	1,1
April	9,4	6,0	13,6	- 2,2	27,4	- 9,1	- 1,5	1,5	3,7	.	- 19,6	- 57,2
Mai	0,1	- 7,3	9,3	- 2,3	5,4	- 9,5	- 6,9	1,9	3,2	.	- 20,3	- 58,1
Juni	15,9	11,7	20,8	- 2,2	16,0	- 8,9	3,2	1,7	2,4	.	- 18,7	- 59,5
2. Vj.	8,4	3,3	14,5	- 2,2	15,8	- 9,2	- 1,9	1,7
Juli	0,4	- 7,6	11,1	- 1,9	8,1	- 8,8	- 2,3	1,6	2,8	.	- 10,4	- 54,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2003 Juni	- 3,6	- 5,2	- 1,4	0,0	10,9	- 0,5	- 8,2	0,1	- 0,7	.	- 6,0	- 1,2
2. Vj.	- 3,4	- 1,4	- 5,5	- 0,7	15,4	- 1,6	4,9	- 0,1
Juli	7,2	10,8	2,5	- 0,2	0,7	0,4	6,4	0,3	4,7	.	- 7,0	- 24,1
August	- 15,7	- 19,4	- 10,6	0,1	- 5,7	0,2	- 8,4	0,1	- 1,0	.	- 0,9	- 18,7
September	18,3	18,1	18,7	- 0,1	20,6	- 0,8	8,3	- 0,1	- 3,1	.	- 8,9	13,2
3. Vj.	0,1	- 0,4	0,5	- 0,3	15,4	0,1	- 3,1	0,3
Oktober	3,4	4,6	1,6	- 0,2	- 22,0	- 0,3	7,9	0,0	- 0,7	.	- 5,9	- 42,2
November	- 4,3	- 5,0	- 3,4	- 0,3	0,9	- 0,8	- 1,8	- 0,3	0,6	.	- 7,1	- 3,2
Dezember	- 4,1	- 12,2	5,7	- 0,8	14,5	- 2,9	17,0	0,8	2,3	.	- 5,2	- 13,8
4. Vj.	4,3	0,6	9,0	- 0,7	- 8,9	- 2,3	15,3	0,1
2004 Januar	1,0	10,7	- 8,6	0,2	- 59,1	- 4,2	- 24,6	0,1	6,1	.	11,6	20,1
Februar	2,3	0,3	4,6	- 0,4	46,7	- 0,6	- 5,9	0,2	0,9	.	15,3	10,5
März	19,5	22,2	16,3	- 0,0	25,4	0,8	17,4	0,4	- 1,6	.	3,3	3,3
1. Vj.	4,7	7,0	2,0	- 0,7	- 35,7	- 6,4	- 15,8	0,8
April	- 12,0	- 14,1	- 9,4	- 0,2	29,4	- 1,2	- 0,4	0,2	- 1,2	.	- 5,0	- 3,5
Mai	- 5,8	- 8,7	- 2,6	- 0,4	- 5,4	0,2	- 6,5	0,2	- 2,8	.	- 3,5	- 4,8
Juni	11,7	14,2	9,0	0,0	22,0	0,1	1,7	- 0,1	- 1,5	.	- 4,0	- 4,7
2. Vj.	- 0,9	- 3,6	2,5	- 0,6	71,4	- 0,7	4,3	0,6
Juli	- 7,1	- 8,4	- 5,7	0,1	- 6,1	0,6	0,7	0,2	5,2	.	2,5	- 13,8

1) Einschli. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse. — 13) Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Registern neu hinzugekommen sind.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2003				2004																																																																																																																																																																																																																																					
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März																																																																																																																																																																																																																																			
BEVÖLKERUNG																																																																																																																																																																																																																																													
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6091,6 ¹⁾	6089,4 ¹⁾	6 090,1	6 089,1	6 088,7	6 089,4	6 088,8	6 088,4	6 087,9																																																																																																																																																																																																																																			
Natürliche Bevölkerungsbewegung:																																																																																																																																																																																																																																													
* Eheschließungen	Anzahl	2 539	2 468	983	1 180	1 816	3 243	846	1 120	1 511																																																																																																																																																																																																																																			
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	5,0	4,8	1,9	2,5	3,5	6,3	1,6	2,3	2,9																																																																																																																																																																																																																																			
* Lebendgeborene	-	4 610	4 533	3 434	4 131	4 380	5 581	3 264	4 068	4 645																																																																																																																																																																																																																																			
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	9,1	8,9	6,6	8,8	8,4	10,8	6,3	8,4	9,0																																																																																																																																																																																																																																			
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	-	5 031	5 126	5 149	5 087	5 844	5 993	4 702	4 705	5 665																																																																																																																																																																																																																																			
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	9,9	10,1	10,0	10,9	11,3	11,6	9,1	9,8	11,0																																																																																																																																																																																																																																			
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	-	20	18	14	10	13	23	18	17	20																																																																																																																																																																																																																																			
auf 1000 Lebendgeborene	-	4,5	4,0	4,1	2,4	3,0	4,1	5,5	4,2	4,3																																																																																																																																																																																																																																			
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	-	- 420	- 593	- 1 715	- 956	- 1 484	- 412	- 1 438	- 637	- 1 020																																																																																																																																																																																																																																			
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	- 0,8	- 1,2	- 3,3	- 2,0	- 2,9	- 0,8	- 2,8	- 1,3	- 2,0																																																																																																																																																																																																																																			
Wanderungen:																																																																																																																																																																																																																																													
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 993	13 558	14 223	11 772	12 879	10 901	13 205	11 585	13 662																																																																																																																																																																																																																																			
darunter aus dem Ausland	-	6 079	6 062	6 121	5 497	5 861	4 598	6 023	5 781	6 456																																																																																																																																																																																																																																			
* Fortzüge über die Landesgrenzen	-	12 423	13 177	14 056	11 859	11 829	14 922	12 386	11 329	13 146																																																																																																																																																																																																																																			
darunter in das Ausland	-	5 274	6 052	7 155	6 069	5 793	6 192	6 174	5 780	6 512																																																																																																																																																																																																																																			
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	-	1 570	382	167	- 87	1 050	- 4 021	819	256	516																																																																																																																																																																																																																																			
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	-	18 322	18 236	19 770	15 152	16 492	20 941	18 278	14 694	18 023																																																																																																																																																																																																																																			
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th>2002</th> <th>2003</th> <th colspan="3">2003</th> <th colspan="3">2004</th> </tr> <tr> <th colspan="2">Durchschnitt</th> <th>Junl</th> <th>Juli</th> <th>August</th> <th>Mal</th> <th>Junl</th> <th>Juli</th> <th>August</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Arbeitslose am Monatsende</td> <td>Anzahl</td> <td>213 583</td> <td>241 998</td> <td>237 433</td> <td>248 582</td> <td>246 084</td> <td>246 697</td> <td>243 058</td> <td>255 629</td> <td>253 719</td> </tr> <tr> <td> und zwar Frauen</td> <td>-</td> <td>91 432</td> <td>102 028</td> <td>100 016</td> <td>106 630</td> <td>106 386</td> <td>105 053</td> <td>104 215</td> <td>111 888</td> <td>111 697</td> </tr> <tr> <td> Männer</td> <td>-</td> <td>122 151</td> <td>139 970</td> <td>137 417</td> <td>141 952</td> <td>139 698</td> <td>141 644</td> <td>138 843</td> <td>143 741</td> <td>142 022</td> </tr> <tr> <td> Ausländer</td> <td>-</td> <td>45 295</td> <td>50 760</td> <td>50 604</td> <td>50 892</td> <td>49 865</td> <td>52 447</td> <td>51 290</td> <td>52 055</td> <td>51 267</td> </tr> <tr> <td> Jüngere unter 25 Jahren</td> <td>-</td> <td>25 479</td> <td>28 993</td> <td>27 121</td> <td>32 934</td> <td>32 967</td> <td>27 110</td> <td>27 191</td> <td>33 725</td> <td>33 655</td> </tr> <tr> <td>* Arbeitslosenquote⁴⁾ insgesamt</td> <td>%</td> <td>7,8</td> <td>8,8</td> <td>8,6</td> <td>9,0</td> <td>8,9</td> <td>9,0</td> <td>8,9</td> <td>9,3</td> <td>9,3</td> </tr> <tr> <td> und zwar der Frauen</td> <td>-</td> <td>7,1</td> <td>7,9</td> <td>7,7</td> <td>8,2</td> <td>8,2</td> <td>8,1</td> <td>8,0</td> <td>8,6</td> <td>8,6</td> </tr> <tr> <td> Männer</td> <td>-</td> <td>8,4</td> <td>9,6</td> <td>9,4</td> <td>9,8</td> <td>9,6</td> <td>9,8</td> <td>9,6</td> <td>10,0</td> <td>9,9</td> </tr> <tr> <td> Ausländer</td> <td>-</td> <td>15,2</td> <td>16,9</td> <td>16,8</td> <td>16,9</td> <td>16,6</td> <td>17,6</td> <td>17,2</td> <td>17,5</td> <td>17,2</td> </tr> <tr> <td> Jüngere unter 25 Jahren</td> <td>-</td> <td>7,0</td> <td>8,0</td> <td>7,5</td> <td>9,1</td> <td>9,1</td> <td>7,8</td> <td>7,9</td> <td>9,8</td> <td>9,7</td> </tr> <tr> <td>* Kurzarbeiter (Monatsmitte)</td> <td>Anzahl</td> <td>15 297</td> <td>17 651</td> <td>26 547</td> <td>20 139</td> <td>16 380</td> <td>11 264</td> <td>10 740</td> <td>9 259</td> <td>6 736</td> </tr> <tr> <td>* Gemeldete Stellen am Monatsende</td> <td>-</td> <td>31 376</td> <td>25 985</td> <td>27 885</td> <td>25 942</td> <td>25 703</td> <td>23 635</td> <td>22 681</td> <td>23 243</td> <td>21 600</td> </tr> </tbody> </table>											2002	2003	2003			2004			Durchschnitt		Junl	Juli	August	Mal	Junl	Juli	August	* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	213 583	241 998	237 433	248 582	246 084	246 697	243 058	255 629	253 719	und zwar Frauen	-	91 432	102 028	100 016	106 630	106 386	105 053	104 215	111 888	111 697	Männer	-	122 151	139 970	137 417	141 952	139 698	141 644	138 843	143 741	142 022	Ausländer	-	45 295	50 760	50 604	50 892	49 865	52 447	51 290	52 055	51 267	Jüngere unter 25 Jahren	-	25 479	28 993	27 121	32 934	32 967	27 110	27 191	33 725	33 655	* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,8	8,8	8,6	9,0	8,9	9,0	8,9	9,3	9,3	und zwar der Frauen	-	7,1	7,9	7,7	8,2	8,2	8,1	8,0	8,6	8,6	Männer	-	8,4	9,6	9,4	9,8	9,6	9,8	9,6	10,0	9,9	Ausländer	-	15,2	16,9	16,8	16,9	16,6	17,6	17,2	17,5	17,2	Jüngere unter 25 Jahren	-	7,0	8,0	7,5	9,1	9,1	7,8	7,9	9,8	9,7	* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	15 297	17 651	26 547	20 139	16 380	11 264	10 740	9 259	6 736	* Gemeldete Stellen am Monatsende	-	31 376	25 985	27 885	25 942	25 703	23 635	22 681	23 243	21 600																																																																														
2002	2003	2003			2004																																																																																																																																																																																																																																								
Durchschnitt		Junl	Juli	August	Mal	Junl	Juli	August																																																																																																																																																																																																																																					
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	213 583	241 998	237 433	248 582	246 084	246 697	243 058	255 629	253 719																																																																																																																																																																																																																																			
und zwar Frauen	-	91 432	102 028	100 016	106 630	106 386	105 053	104 215	111 888	111 697																																																																																																																																																																																																																																			
Männer	-	122 151	139 970	137 417	141 952	139 698	141 644	138 843	143 741	142 022																																																																																																																																																																																																																																			
Ausländer	-	45 295	50 760	50 604	50 892	49 865	52 447	51 290	52 055	51 267																																																																																																																																																																																																																																			
Jüngere unter 25 Jahren	-	25 479	28 993	27 121	32 934	32 967	27 110	27 191	33 725	33 655																																																																																																																																																																																																																																			
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,8	8,8	8,6	9,0	8,9	9,0	8,9	9,3	9,3																																																																																																																																																																																																																																			
und zwar der Frauen	-	7,1	7,9	7,7	8,2	8,2	8,1	8,0	8,6	8,6																																																																																																																																																																																																																																			
Männer	-	8,4	9,6	9,4	9,8	9,6	9,8	9,6	10,0	9,9																																																																																																																																																																																																																																			
Ausländer	-	15,2	16,9	16,8	16,9	16,6	17,6	17,2	17,5	17,2																																																																																																																																																																																																																																			
Jüngere unter 25 Jahren	-	7,0	8,0	7,5	9,1	9,1	7,8	7,9	9,8	9,7																																																																																																																																																																																																																																			
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	15 297	17 651	26 547	20 139	16 380	11 264	10 740	9 259	6 736																																																																																																																																																																																																																																			
* Gemeldete Stellen am Monatsende	-	31 376	25 985	27 885	25 942	25 703	23 635	22 681	23 243	21 600																																																																																																																																																																																																																																			
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th>2001</th> <th>2002</th> <th colspan="2">2001</th> <th colspan="2">2002</th> <th colspan="3">2003</th> </tr> <tr> <th colspan="2">30.6.</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>Junl</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt^{7) 8)}</td> <td>1000</td> <td>2 203,3</td> <td>2 192,6</td> <td>2 240,4</td> <td>2 223,5</td> <td>2 214,7</td> <td>2 187,1</td> <td>2 150,8</td> <td>2 161,4</td> <td>2 136,4</td> </tr> <tr> <td> und zwar Frauen</td> <td>-</td> <td>952,2</td> <td>956,4</td> <td>970,2</td> <td>968,0</td> <td>969,1</td> <td>962,3</td> <td>946,3</td> <td>949,2</td> <td>942,0</td> </tr> <tr> <td> Ausländer</td> <td>-</td> <td>228,5</td> <td>225,2</td> <td>231,9</td> <td>228,9</td> <td>226,0</td> <td>221,1</td> <td>215,3</td> <td>213,5</td> <td>208,0</td> </tr> <tr> <td> Teilzeitbeschäftigte</td> <td>-</td> <td>337,9</td> <td>350,7</td> <td>341,8</td> <td>345,2</td> <td>352,6</td> <td>354,5</td> <td>355,8</td> <td>353,8</td> <td>354,2</td> </tr> <tr> <td> darunter Frauen</td> <td>-</td> <td>284,9</td> <td>293,8</td> <td>287,8</td> <td>289,7</td> <td>295,0</td> <td>295,4</td> <td>297,0</td> <td>295,9</td> <td>295,8</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen⁷⁾</td> </tr> <tr> <td colspan="11">davon</td> </tr> <tr> <td>* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</td> <td>-</td> <td>13,8</td> <td>14,0</td> <td>14,1</td> <td>12,5</td> <td>14,1</td> <td>12,3</td> <td>13,4</td> <td>13,6</td> <td>11,8</td> </tr> <tr> <td> darunter Frauen</td> <td>-</td> <td>3,7</td> <td>3,7</td> <td>3,8</td> <td>3,4</td> <td>3,8</td> <td>3,5</td> <td>3,6</td> <td>3,6</td> <td>3,3</td> </tr> <tr> <td>* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe</td> <td>-</td> <td>546,8</td> <td>533,3</td> <td>551,2</td> <td>545,8</td> <td>532,3</td> <td>525,9</td> <td>513,8</td> <td>514,2</td> <td>506,9</td> </tr> <tr> <td> darunter Frauen</td> <td>-</td> <td>140,0</td> <td>135,8</td> <td>140,8</td> <td>138,9</td> <td>136,0</td> <td>134,0</td> <td>130,4</td> <td>130,4</td> <td>127,8</td> </tr> <tr> <td>* Baugewerbe</td> <td>-</td> <td>120,4</td> <td>114,0</td> <td>123,5</td> <td>116,8</td> <td>115,7</td> <td>108,7</td> <td>108,7</td> <td>110,4</td> <td>103,9</td> </tr> <tr> <td> darunter Frauen</td> <td>-</td> <td>14,7</td> <td>14,1</td> <td>14,9</td> <td>14,7</td> <td>14,1</td> <td>13,8</td> <td>13,4</td> <td>13,4</td> <td>13,1</td> </tr> <tr> <td>* Handel, Gastgewerbe und Verkehr</td> <td>-</td> <td>562,5</td> <td>556,0</td> <td>571,7</td> <td>566,6</td> <td>560,8</td> <td>554,3</td> <td>539,7</td> <td>541,7</td> <td>536,5</td> </tr> <tr> <td> darunter Frauen</td> <td>-</td> <td>248,4</td> <td>246,7</td> <td>252,9</td> <td>251,2</td> <td>248,6</td> <td>246,0</td> <td>239,7</td> <td>239,9</td> <td>237,4</td> </tr> <tr> <td>* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen</td> <td>-</td> <td>465,5</td> <td>470,9</td> <td>475,3</td> <td>473,4</td> <td>477,3</td> <td>469,8</td> <td>462,7</td> <td>466,4</td> <td>459,4</td> </tr> <tr> <td> darunter Frauen</td> <td>-</td> <td>211,9</td> <td>214,9</td> <td>216,9</td> <td>216,2</td> <td>217,8</td> <td>214,8</td> <td>211,1</td> <td>212,0</td> <td>208,5</td> </tr> <tr> <td>* Öffentliche und private Dienstleister</td> <td>-</td> <td>494,2</td> <td>504,1</td> <td>504,4</td> <td>507,9</td> <td>514,3</td> <td>516,1</td> <td>512,3</td> <td>514,7</td> <td>517,5</td> </tr> <tr> <td> darunter Frauen</td> <td>-</td> <td>333,2</td> <td>341,2</td> <td>340,7</td> <td>343,3</td> <td>348,8</td> <td>350,1</td> <td>348,1</td> <td>349,9</td> <td>351,8</td> </tr> </tbody> </table>											2001	2002	2001		2002		2003			30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Junl	Sept.	Dez.	* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 203,3	2 192,6	2 240,4	2 223,5	2 214,7	2 187,1	2 150,8	2 161,4	2 136,4	und zwar Frauen	-	952,2	956,4	970,2	968,0	969,1	962,3	946,3	949,2	942,0	Ausländer	-	228,5	225,2	231,9	228,9	226,0	221,1	215,3	213,5	208,0	Teilzeitbeschäftigte	-	337,9	350,7	341,8	345,2	352,6	354,5	355,8	353,8	354,2	darunter Frauen	-	284,9	293,8	287,8	289,7	295,0	295,4	297,0	295,9	295,8	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾											davon											* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	13,8	14,0	14,1	12,5	14,1	12,3	13,4	13,6	11,8	darunter Frauen	-	3,7	3,7	3,8	3,4	3,8	3,5	3,6	3,6	3,3	* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	-	546,8	533,3	551,2	545,8	532,3	525,9	513,8	514,2	506,9	darunter Frauen	-	140,0	135,8	140,8	138,9	136,0	134,0	130,4	130,4	127,8	* Baugewerbe	-	120,4	114,0	123,5	116,8	115,7	108,7	108,7	110,4	103,9	darunter Frauen	-	14,7	14,1	14,9	14,7	14,1	13,8	13,4	13,4	13,1	* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-	562,5	556,0	571,7	566,6	560,8	554,3	539,7	541,7	536,5	darunter Frauen	-	248,4	246,7	252,9	251,2	248,6	246,0	239,7	239,9	237,4	* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	-	465,5	470,9	475,3	473,4	477,3	469,8	462,7	466,4	459,4	darunter Frauen	-	211,9	214,9	216,9	216,2	217,8	214,8	211,1	212,0	208,5	* Öffentliche und private Dienstleister	-	494,2	504,1	504,4	507,9	514,3	516,1	512,3	514,7	517,5	darunter Frauen	-	333,2	341,2	340,7	343,3	348,8	350,1	348,1	349,9	351,8
2001	2002	2001		2002		2003																																																																																																																																																																																																																																							
30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Junl	Sept.	Dez.																																																																																																																																																																																																																																					
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 203,3	2 192,6	2 240,4	2 223,5	2 214,7	2 187,1	2 150,8	2 161,4	2 136,4																																																																																																																																																																																																																																			
und zwar Frauen	-	952,2	956,4	970,2	968,0	969,1	962,3	946,3	949,2	942,0																																																																																																																																																																																																																																			
Ausländer	-	228,5	225,2	231,9	228,9	226,0	221,1	215,3	213,5	208,0																																																																																																																																																																																																																																			
Teilzeitbeschäftigte	-	337,9	350,7	341,8	345,2	352,6	354,5	355,8	353,8	354,2																																																																																																																																																																																																																																			
darunter Frauen	-	284,9	293,8	287,8	289,7	295,0	295,4	297,0	295,9	295,8																																																																																																																																																																																																																																			
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾																																																																																																																																																																																																																																													
davon																																																																																																																																																																																																																																													
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	13,8	14,0	14,1	12,5	14,1	12,3	13,4	13,6	11,8																																																																																																																																																																																																																																			
darunter Frauen	-	3,7	3,7	3,8	3,4	3,8	3,5	3,6	3,6	3,3																																																																																																																																																																																																																																			
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	-	546,8	533,3	551,2	545,8	532,3	525,9	513,8	514,2	506,9																																																																																																																																																																																																																																			
darunter Frauen	-	140,0	135,8	140,8	138,9	136,0	134,0	130,4	130,4	127,8																																																																																																																																																																																																																																			
* Baugewerbe	-	120,4	114,0	123,5	116,8	115,7	108,7	108,7	110,4	103,9																																																																																																																																																																																																																																			
darunter Frauen	-	14,7	14,1	14,9	14,7	14,1	13,8	13,4	13,4	13,1																																																																																																																																																																																																																																			
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-	562,5	556,0	571,7	566,6	560,8	554,3	539,7	541,7	536,5																																																																																																																																																																																																																																			
darunter Frauen	-	248,4	246,7	252,9	251,2	248,6	246,0	239,7	239,9	237,4																																																																																																																																																																																																																																			
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	-	465,5	470,9	475,3	473,4	477,3	469,8	462,7	466,4	459,4																																																																																																																																																																																																																																			
darunter Frauen	-	211,9	214,9	216,9	216,2	217,8	214,8	211,1	212,0	208,5																																																																																																																																																																																																																																			
* Öffentliche und private Dienstleister	-	494,2	504,1	504,4	507,9	514,3	516,1	512,3	514,7	517,5																																																																																																																																																																																																																																			
darunter Frauen	-	333,2	341,2	340,7	343,3	348,8	350,1	348,1	349,9	351,8																																																																																																																																																																																																																																			

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93, aktualisiert durch WZ 2003) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06. 2001 bis 30.09. 2001; Mai 2002; für 31.12.2001; Juni 2002; für 30.06.2002; Februar 2003; für 30.09.2002; März 2003; für 31.12.2002; Juli 2003; für 30.06.2003; Dezember 2003; für 30.09.2003; März 2004; für 31.12.2003; Juni 2004. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2003			2004			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	6 516	5 737	5 303	3 845	3 979	5 053	4 089	4 087	3 594
Kälber	"	277	161	127	116	82	192	132	101	104
Schweine	"	85 364	68 463	67 888	64 992	58 559	59 297	57 189	64 134	56 364
darunter hausgeschlachtet	"	5 883	4 861	3 441	1 881	1 244	4 308	2 759	1 926	1 526
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	9 835	8 213	8 195	7 708	7 143	7 522	6 983	7 730	6 854
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 791	1 614	1 529	1 192	1 241	1 453	1 234	1 234	1 123
* Kälbern	"	22	13	13	13	9	16	6	9	4
* Schweinen	"	7 438	5 988	6 044	5 941	5 337	5 231	5 153	5 838	5 085
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"	.	2 352	2 504	2 395	2 833	2 766	2 706	3 016	2 929
* Erzeugte Konsumeler ⁴⁾	1000 St.	29 579	27 128	27 754	26 745	27 753	25 980	26 450	25 592	26 348
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 208	84 207	91 258	87 451	86 875	88 074	90 914	86 537	...
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 529	80 617	87 792	84 120	83 433	84 705	87 433	83 520	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,5	17,6	18,7	18,5	17,8	18,6	18,6	18,3	...
VERARBEITENDES GEWERBE⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 348	3 183	3 193	3 185	3 184	3 185	3 176	3 170	3 165
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	452,2	435,9	436,3	436,1	435,1	427,9	426,3	426,5	426,9
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	263,0	251,4	251,3	251,5	251,9	245,1	244,2	245,0	245,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	54 723	54 432	52 407	57 843	54 034	51 716	54 639	54 138
* Brutto-lohnsomme	Mill. EUR	656,6	649,6	673,2	652,2	647,6	614,8	658,2	662,2	617,4
* Bruttogehaltssomme	"	772,6	775,4	803,2	790,0	731,0	817,9	797,1	793,8	725,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 959,8	6 992,8	6 775,1	6 850,7	7 151,5	7 367,7	7 298,3	7 798,9	7 327,6
* darunter Auslandsumsatz	"	2 737,0	2 867,6	2 732,6	2 823,2	2 836,7	3 157,0	3 338,6	3 351,3	3 111,8
Exportquote ⁶⁾	%	39,3	41,0	40,3	41,2	39,7	42,8	45,7	43,0	42,5
Volumenindex des Auftragseingangs⁷⁾										
Insgesamt	2000 = 100 % ⁸⁾	-1,5	1,1	-1,7	-3,9	-1,6	9,4	0,1	15,9	0,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	1,3	2,2	2,2	-3,4	2,5	10,2	4,4	14,7	-1,7
Investitionsgüterproduzenten	"	-2,8	-2,0	-10,9	-6,9	-9,3	7,7	-0,7	22,7	2,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	-8,1	-6,1	1,7	-15,6	-9,3	1,0	-7,3	0,0	-14,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	-5,2	9,7	18,4	10,5	11,5	15,1	-8,6	5,1	8,0
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	0,7	8,2	9,7	5,5	4,4	12,6	-3,9	10,1	3,0
Maschinenbau	"	1,1	-3,4	-31,4	-7,4	-3,9	5,4	-3,5	17,1	-9,1
Kraftwagen und -teile	"	-1,9	-2,5	10,9	-11,3	-4,9	12,8	2,4	14,5	26,7
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	-7,0	0,0	-1,7	-10,2	0,5	18,9	4,9	22,7	0,8
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	95	107	108	108	107	100	100	100	100
* Beschäftigte ⁹⁾	"	18 145	17 502	17 464	17 445	17 464	17 284	17 185	17 191	17 139
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾¹⁰⁾	1000 h	2 273	2 185	2 124	2 059	2 307	2 157	2 082	2 206	2 202
* Brutto-lohn- und -gehaltssomme ⁹⁾	Mill. EUR	62,8	61,0	56,9	63,4	62,2	61,2	59,5	69,3	60,4
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 335,4	1 859,8	1 218,5	1 674,8	1 763,4
HANDWERK¹¹⁾										
* Beschäftigte ¹²⁾	2003 = 100 ¹³⁾	97,8	.
* Umsatz ¹⁴⁾	2003 = 100 ¹⁵⁾	101,6	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum; Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Registern neu hinzugekommen sind. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Für die Jahre vor 2004 liegen noch keine rückgerechneten Ergebnisse für das neue Basisjahr 2003 vor. — 12) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 13) Hier: 30.09.2003 = 100. — 14) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 15) Vierteljahresdurchschnitt 2003 = 100.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2003			2004			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	54,8	52,2	52,8	52,5	52,6	48,3	48,2	48,3	48,6
Facharbeiter ²⁾	-	28,4	27,5	28,3	28,2	28,4	25,0	25,0	25,0	25,3
Fachwerker und Werker	-	8,2	7,6	7,5	7,5	7,6	6,6	6,8	6,8	6,9
gewerblich Auszubildende	-	2,5	2,3	2,2	2,2	2,0	2,1	2,0	2,1	1,9
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 012	4 882	5 335	5 287	5 991	4 768	4 581	5 109	5 106
darunter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wohnungsbau	-	1 944	1 996	2 192	2 197	2 450	2 100	1 974	2 142	2 194
* gewerblicher Bau	-	1 424	1 353	1 463	1 431	1 591	1 213	1 231	1 359	1 350
* öffentlicher und Straßenbau	-	1 618	1 512	1 648	1 632	1 920	1 430	1 342	1 567	1 544
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	85,9	82,2	85,2	84,0	90,8	78,7	74,6	78,8	79,6
* Bruttogehaltssumme	-	38,2	35,3	33,9	38,5	34,9	35,3	32,8	38,9	33,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	-	483,4	469,8	521,1	476,4	549,9	388,9	443,1	495,6	508,0
* Wohnungsbau	-	134,5	152,7	184,5	156,5	180,3	130,2	147,6	154,4	176,4
* gewerblicher Bau	-	197,0	164,0	175,1	162,0	172,0	143,7	148,3	166,0	165,8
* öffentlicher und Straßenbau	-	150,0	151,3	158,6	155,4	195,4	113,8	145,3	172,2	164,8
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾ darunter	2000=100	83,9	75,3	74,5	82,5	83,1	82,9	78,4	95,7	89,9
* Wohnungsbau	-	74,7	81,2	69,1	69,4	95,8	80,1	70,9	114,8	74,8
* gewerblicher Bau	-	70,3	55,7	53,4	59,8	59,4	55,2	51,5	66,7	57,8
* öffentlicher und Straßenbau	-	106,6	101,9	106,9	113,2	113,3	124,2	120,3	131,5	141,8
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	23,2	21,3	.	21,4	.	.	.	19,3	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 430	6 059	.	5 981,0	.	.	.	5 563,0	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	109,4	99,6	.	98,9	.	.	.	90,0	.
* Bruttogehaltssumme	-	59,9	55,7	.	58,0	.	.	.	49,8	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	591,5	514,9	.	489,6	.	.	.	449,6	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	718	696	632	498	499	889	885	662	621
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	-	632	629	571	444	455	815	798	616	566
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	801	773	680	586	514	1 047	947	702	745
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	151	142	129	104	95	183	179	128	133
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	186 852	177 597	180 707	135 568	120 218	237 085	219 732	159 109	170 751
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	153	135	136	146	138	139	175	224	185
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 175	1 067	1 061	1 636	1 030	498	1 004	1 747	1 409
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	202	188	239	249	182	100	178	241	238
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	199 572	168 911	209 623	255 246	165 995	64 489	157 886	142 874	143 751
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 627	1 449	1 323	1 108	1 026	1 898	1 869	1 325	1 389
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	-	8 253	7 514	6 798	5 902	5 349	9 854	9 686	7 092	7 390
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel⁷⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	.	83,7	79,6	80,9	84,2	85,6	78,0	85,5	83,5
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	.	85,1	81,1	82,1	85,3	89,4	81,6	89,1	87,9
* Beschäftigte (Index)	-	.	90,1	90,4	90,1	89,6	88,0	87,7	87,6	87,8
Einzelhandel⁹⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	100,1	98,9	100,3	91,9	98,2	99,5	92,9	94,6	95,6
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	101,8	100,7	102,1	93,7	99,7	101,7	95,1	96,7	97,4
darunter (Einzelhandel mit)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	-	111,7	113,7	113,7	108,1	113,2	117,0	109,3	111,7	111,0
Apotheken ¹¹⁾	-	107,7	109,6	105,5	104,1	112,7	109,5	102,0	110,2	112,5
Bekleidung	-	97,4	91,1	92,2	84,9	89,6	93,5	81,7	82,4	88,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹²⁾	-	88,3	84,9	81,5	71,1	81,4	83,9	78,9	76,3	80,6
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹³⁾	-	99,0	105,5	127,0	107,1	110,9	118,3	110,0	107,7	103,7
* Beschäftigte (Index)	-	96,5	92,7	91,9	92,4	92,3	90,9	91,0	90,5	90,5
Kfz-Handel u. Tankstellen¹⁴⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	91,7	92,0	94,6	93,7	99,9	104,5	96,6	103,6	94,4
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	93,1	94,3	96,6	95,9	102,6	106,6	100,6	107,7	98,3
* Beschäftigte (Index)	-	93,5	92,4	92,0	91,7	91,8	90,1	89,9	89,9	90,1
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	89,4	83,7	89,2	84,6	83,2	83,4	88,9	84,0	82,6
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	94,5	89,3	94,9	90,1	88,9	89,4	95,4	90,2	89,1
darunter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	-	91,9	87,5	99,3	84,7	78,3	87,4	97,9	88,9	81,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	-	94,0	88,2	93,2	94,8	92,8	86,3	91,5	87,7	89,1
Kantinen und Caterer	-	99,4	95,5	91,2	92,7	104,9	101,5	102,6	100,5	110,1
* Beschäftigte (Index)	-	94,9	89,4	90,8	90,2	90,1	91,1	92,2	92,6	93,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustelleneinbauten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauintallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienpersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Miil. EUR	2 639,2	2 812,3	2 757,5	2 842,5	2 884,8	3 186,1	3 037,2	3 235,4	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	69,3	79,2	68,1	67,7	68,0	77,6	95,8	62,6	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 570,0	2 609,3	2 572,8	2 651,2	2 700,2	2 968,9	2 790,8	3 005,2	...
davon										
* Rohstoffe	"	17,9	19,9	24,0	18,2	17,9	24,6	20,1	19,2	...
* Halbwaren	"	157,3	146,5	141,8	128,3	160,6	168,8	192,5	177,8	...
* Fertigwaren	"	2 394,8	2 442,9	2 406,9	2 504,8	2 521,8	2 775,4	2 578,1	2 808,3	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	501,9	462,1	471,8	449,5	464,5	609,7	460,5	538,8	...
* Enderzeugnisse	"	1 892,9	1 980,7	1 935,1	2 055,3	2 057,3	2 165,8	2 117,6	2 269,5	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	710,2	702,7	682,7	705,9	708,5	870,4	667,0	756,6	...
Maschinen	"	383,8	384,8	393,6	369,0	379,8	393,2	430,7	511,8	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	265,9	298,5	301,5	321,9	303,7	381,1	370,4	333,2	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	246,5	237,0	224,1	259,3	241,3	239,1	244,0	310,7	...
Eisen- und Metallwaren	"	170,3	176,3	171,1	170,8	184,3	209,9	183,5	213,0	...
davon nach										
* Europa	"	1 851,6	2 017,9	1 930,4	2 041,7	1 979,2	2 287,6	2 172,5	2 389,8	...
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 395,6	1 538,8	1 447,6	1 533,5	1 445,8	1 994,1	1 868,5	2 079,9	...
* Afrika	"	44,1	43,3	45,4	39,6	50,8	86,0	64,2	48,6	...
* Amerika	"	348,1	333,7	343,0	334,5	359,5	367,7	343,9	341,5	...
* Asien	"	374,6	394,8	415,5	404,9	471,5	425,5	435,4	434,7	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	20,9	22,5	23,2	21,8	23,7	19,3	21,3	20,7	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	"	3 793,4	4 089,1	4 045,7	4 065,3	3 830,8	4 753,9	4 825,3	5 114,0	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	181,4	182,9	197,8	170,2	181,8	211,9	181,7	146,3	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 612,1	3 802,7	3 556,4	3 584,9	3 370,9	4 222,4	4 254,3	4 544,1	...
davon										
* Rohstoffe	"	68,4	66,6	100,9	69,4	67,2	66,7	52,6	73,9	...
* Halbwaren	"	278,1	240,7	227,4	194,6	217,3	214,1	267,8	231,7	...
* Fertigwaren	"	3 265,6	3 293,4	3 228,1	3 320,8	3 086,3	3 939,6	3 933,9	4 238,4	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	390,4	379,2	379,1	388,1	357,2	349,6	439,2	464,2	...
* Enderzeugnisse	"	2 875,3	2 914,2	2 849,0	2 932,7	2 729,2	3 589,9	3 494,6	3 774,2	...
davon aus										
* Europa	"	2 487,5	2 693,6	2 641,3	2 774,7	2 530,9	2 863,7	3 203,9	3 330,6	...
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 877,4	2 068,7	2 015,5	2 141,6	1 913,2	2 595,0	2 954,3	2 190,3	...
* Afrika	"	82,1	77,2	57,9	51,1	105,5	72,8	86,7	82,1	...
* Amerika	"	521,1	502,8	571,3	451,2	432,4	817,0	613,0	780,2	...
* Asien	"	697,3	807,4	770,2	776,4	752,2	995,8	916,4	911,3	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	5,5	8,0	5,0	11,8	9,7	4,6	5,2	9,8	...
TOURISMUS³⁾										
* Gästeankünfte	1000	796	782	885	828	837	772	922	926	877
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	197	193	192	191	234	193	227	225	254
auf Campingplätzen	"	15	48	52	78
* Gästeübernachtungen	"	2 051	1 985	2 239	2 067	2 216	1 996	2 236	2 182	2 197
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	378	373	377	338	443	380	428	401	474
auf Campingplätzen	"	54	139	138	210
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen:										
Heilbäder	"	629	602	676	660	672	568	634	622	630
Luftkurorte	"	118	119	142	142	160	106	145	142	147
Erholungsorte	"	92	84	107	112	124	80	108	101	109
Sonstige Gemeinden	"	1 212	1 181	1 314	1 153	1 261	1 188	1 350	1 317	1 312
darunter Großstädte	"	550	531	556	483	512	543	599	558	542
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 144	1 007	1 263	1 182	978	1 046	1 028	1 013	...
davon										
* Güterversand	"	214	187	197	171	189	180	179	182	...
* Gütereingang	"	930	820	1 067	1 012	789	867	847	831	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten. — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; ab Januar 2004 einschl. Camping bzw. in der Untergliederung nach Gemeindegruppen für den ganzen Berichtszeitraum ohne Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	29 183	27 799	32 896	31 853	29 684	31 466	30 147	33 473	29 422
* Personenkraftwagen ²⁾	-	25 548	24 217	28 617	27 837	25 909	26 129	25 851	28 240	25 116
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	-	1 535	1 520	1 390	1 516	1 517	1 608	1 562	1 753	2 535
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	-	1 579	1 562	2 250	1 892	1 644	2 891	2 083	2 795	2 137
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	-	284	290	362	393	317	431	313	365	384
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	-	3 057	2 995	3 348	3 268	3 356	2 771	3 165	3 318	3 263
* darunter Unfälle mit Personenschaden	-	2 222	2 178	2 492	2 538	2 598	2 070	2 309	2 542	2 423
* Getötete Personen	-	42	42	43	54	40	37	40	34	36
* Verletzte Personen	-	2 990	2 897	3 270	3 327	3 418	2 757	3 053	3 295	3 180
Linienfernverkehr der Verkehrsunternehmen⁴⁾										
* Fahrgäste ⁶⁾ und zwar mit	1000	296 837	.
Eisenbahnen	-	187 893	.
Straßenbahnen	-	44 414	.
Omnibussen	-	71 487	.
* Beförderungsleistung (Personenkilometer) davon mit	1000 km	5 913 177	.
Eisenbahnen	-	5 280 636	.
Straßenbahnen	-	165 669	.
Omnibussen	-	466 872	.
Linienfernverkehr mit Omnibussen⁴⁾										
* Fahrgäste	1000	498	.
* Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	308 870	.
GELD UND KREDIT										
Banken⁷⁾										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. EUR	183 513	191 573	.	567 872
* Kredite an inländische Nichtbanken ⁸⁾ davon	-	137 508	139 833	.	413 572
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	-	21 798	23 172	.	65 989
Kredite über 1 Jahr ⁹⁾	-	115 710	116 661	.	347 583
* Einlagen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-	144 814	155 575	.	466 082
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	427	540	565	498	624	565	572	660	603
davon	-									
* Unternehmen	-	186	195	214	192	244	201	166	207	158
* Verbraucher	-	100	173	162	151	177	198	190	235	239
* ehemals selbstständig Tätige	-	43	94	98	82	111	117	137	166	152
* sonstige natürliche Personen ¹⁰⁾ , Nachlässe	-	98	78	91	73	92	49	79	52	54
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	408 152	209 656	294 392	164 045	232 695	252 247	253 620	215 765	176 732
GEWERBEANZEIGEN¹¹⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 093	5 587	5 076	5 719	5 823	6 183
* Gewerbeabmeldungen	-	4 664	4 801	4 314	4 558	4 850	4 367
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	103,0	103,9	103,6	103,7	104,0	105,4	105,6	105,5	105,7
darunter	-									
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	-	104,1	103,9	104,7	104,4	104,2	104,3	104,9	104,6	104,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	106,0	111,5	110,5	111,0	111,5	121,6	121,6	121,6	121,2
Bekleidung, Schuhe	-	100,2	97,7	98,4	97,8	96,5	96,5	96,0	95,6	92,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹²⁾	-	103,4	105,1	105,0	104,9	105,1	106,6	106,8	106,7	106,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹³⁾	-	101,7	101,1	101,3	101,4	101,3	100,5	100,0	100,2	100,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	-	104,2	106,3	105,7	105,8	106,0	108,3	109,4	108,8	108,9
Nachrichtenübermittlung	-	95,7	96,4	96,2	96,2	96,1	95,9	95,6	95,4	95,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-	101,4	100,5	99,4	100,0	101,3	98,7	98,4	98,7	100,0
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	-	104,8	106,2	104,3	105,5	107,9	104,6	105,3	105,9	107,9
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹⁴⁾	2000 = 100	101,0 ¹⁵⁾	100,8 ¹⁵⁾	100,8	.	.	.	101,4	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahreritz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Wegen methodischer Änderungen in der Statistik des Personenverkehrs liegen für die Jahre vor 2004 keine vergleichbaren Daten vor. — 5) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj., usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 6) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl zusammen (Unternehmensfahrten). — 7) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postglo- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj., usw.). — 8) Einschl. durchlaufender Kredite. — 9) Ohne durchlaufende Kredite. — 10) Beispielsweise als Gesellschafter oder Milthafter. — 11) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 12) Und andere Brennstoffe. — 13) Sowie deren Instandhaltung. — 14) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 15) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002		2003			2004																																																																																																		
		Durchschnitt		Jan.	April	Jul.	Oktober	Jan.	April	Jul.																																																																																															
		2002	2003	2002	2003			2004																																																																																																	
STEUERN																																																																																																									
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	3 125,4	3 165,9	2 917,8	3 823,9	3 187,9	3 193,3	2 445,3	3 458,9	2 156,3																																																																																															
davon	-	2 722,7	2 706,0	2 452,4	3 399,0	2 616,3	2 934,3	2 336,5	3 340,8	2 003,0																																																																																															
Gemeinschaftssteuern	-	1 485,4	1 466,6	1 503,4	1 388,0	1 504,5	1 494,0	1 391,1	1 363,0	1 396,6																																																																																															
davon	-	64,4	32,8	- 66,1	370,1	- 191,2	- 89,3	- 103,6	368,1	- 153,5																																																																																															
Lohnsteuer ²⁾	-	181,1	130,8	122,2	279,6	408,1	430,1	38,7	263,9	334,8																																																																																															
veranlagte Einkommensteuer	-	257,7	239,6	146,3	148,2	224,2	187,8	152,0	113,4	177,7																																																																																															
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	- 130,1	8,8	- 232,4	353,4	- 112,6	128,0	35,0	563,5	- 392,6																																																																																															
Zinsabschlag ²⁾	-	727,3	703,7	842,8	732,2	647,8	773,0	817,9	661,7	632,0																																																																																															
Körperschaftsteuer ²⁾	-	136,8	123,7	136,2	127,5	135,3	10,7	5,5	7,2	7,8																																																																																															
Umsatzsteuer	-	236,4	274,0	306,2	296,8	306,3																																																																																															
Einführungsteuer	-	38,6	44,0	61,8	57,5	53,5																																																																																															
Bundessteuern	-	61,5	79,8	75,6	47,8	52,2																																																																																															
darunter	-	9,0	8,7	9,4	9,1	6,8																																																																																															
Mineralölsteuer	-	126,8	133,6	123,8	119,0	135,0	126,7	105,7	118,0	125,7																																																																																															
Versicherungsteuer	-	3,9	1,6	5,5	6,1	1,4	0,5	1,5	- 0,6	0,0																																																																																															
Zölle ³⁾	-	18,0	32,2	16,5	23,2	22,4	17,7	15,6	16,5	28,5																																																																																															
Landesteuern	-	41,4	36,7	33,3	36,1	36,6	30,3	31,5	38,7	31,3																																																																																															
darunter	-	48,9	47,2	50,7	48,0	51,7	57,3	48,7	54,0	49,9																																																																																															
Vermögensteuer	-	30,5	43,7	26,1	0,0	123,5	132,4	3,2	0,2	27,5																																																																																															
Erbschaftsteuer	-																																																																																																								
Grundwerbsteuer	-																																																																																																								
Kraftfahrzeugsteuer	-																																																																																																								
Gewerbsteuerumlage	-																																																																																																								
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th>2002</th> <th>2003</th> <th>2002</th> <th colspan="3">2003</th> <th colspan="3">2004</th> </tr> <tr> <th>Durchschnitt⁴⁾</th> <th>Durchschnitt⁴⁾</th> <th>Dez.</th> <th>März</th> <th>Juni</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>März</th> <th>Juni</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände</td> <td>Miil. EUR</td> <td>1 386,4</td> <td>1 446,7</td> <td>2 056,0</td> <td>1 019,2</td> <td>1 574,2</td> <td>1 277,8</td> <td>1 915,4</td> <td>993,5</td> <td>1 557,0</td> </tr> <tr> <td>davon</td> <td>-</td> <td>4,3</td> <td>4,3</td> <td>3,5</td> <td>4,3</td> <td>3,8</td> <td>5,5</td> <td>3,6</td> <td>4,4</td> <td>4,2</td> </tr> <tr> <td>Grundsteuer A</td> <td>-</td> <td>152,3</td> <td>157,3</td> <td>128,8</td> <td>148,5</td> <td>177,7</td> <td>169,0</td> <td>134,0</td> <td>150,4</td> <td>184,6</td> </tr> <tr> <td>Grundsteuer B</td> <td>-</td> <td>561,4</td> <td>634,0</td> <td>740,4</td> <td>710,1</td> <td>710,4</td> <td>521,6</td> <td>593,7</td> <td>719,7</td> <td>728,1</td> </tr> <tr> <td>Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)</td> <td>-</td> <td>584,3</td> <td>566,7</td> <td>1 034,3</td> <td>137,4</td> <td>597,4</td> <td>498,4</td> <td>1 033,6</td> <td>101,3</td> <td>554,6</td> </tr> <tr> <td>Gemeindeanteil an der Einkommensteuer</td> <td>-</td> <td>15,4</td> <td>15,8</td> <td>12,5</td> <td>15,5</td> <td>17,4</td> <td>16,8</td> <td>13,6</td> <td>14,6</td> <td>17,0</td> </tr> <tr> <td>andere Steuern⁵⁾</td> <td>-</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>											2002	2003	2002	2003			2004			Durchschnitt ⁴⁾	Durchschnitt ⁴⁾	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. EUR	1 386,4	1 446,7	2 056,0	1 019,2	1 574,2	1 277,8	1 915,4	993,5	1 557,0	davon	-	4,3	4,3	3,5	4,3	3,8	5,5	3,6	4,4	4,2	Grundsteuer A	-	152,3	157,3	128,8	148,5	177,7	169,0	134,0	150,4	184,6	Grundsteuer B	-	561,4	634,0	740,4	710,1	710,4	521,6	593,7	719,7	728,1	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	584,3	566,7	1 034,3	137,4	597,4	498,4	1 033,6	101,3	554,6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	15,4	15,8	12,5	15,5	17,4	16,8	13,6	14,6	17,0	andere Steuern ⁵⁾	-									
2002	2003	2002	2003			2004																																																																																																			
Durchschnitt ⁴⁾	Durchschnitt ⁴⁾	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni																																																																																																	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. EUR	1 386,4	1 446,7	2 056,0	1 019,2	1 574,2	1 277,8	1 915,4	993,5	1 557,0																																																																																															
davon	-	4,3	4,3	3,5	4,3	3,8	5,5	3,6	4,4	4,2																																																																																															
Grundsteuer A	-	152,3	157,3	128,8	148,5	177,7	169,0	134,0	150,4	184,6																																																																																															
Grundsteuer B	-	561,4	634,0	740,4	710,1	710,4	521,6	593,7	719,7	728,1																																																																																															
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	584,3	566,7	1 034,3	137,4	597,4	498,4	1 033,6	101,3	554,6																																																																																															
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	15,4	15,8	12,5	15,5	17,4	16,8	13,6	14,6	17,0																																																																																															
andere Steuern ⁵⁾	-																																																																																																								
VERDIENSTE ⁷⁾																																																																																																									
Arbeiterverdienste (Im Produzierenden Gewerbe)																																																																																																									
• Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 471	2 529	2 469	2 508	2 543	2 554	2 531	2 563	2 583																																																																																															
• Männliche Arbeiter	-	2 551	2 608	2 547	2 587	2 623	2 634	2 607	2 641	2 661																																																																																															
darunter Facharbeiter	-	2 697	2 757	2 699	2 739	2 769	2 784	2 760	2 796	2 817																																																																																															
• Weibliche Arbeiter	-	1 920	1 966	1 938	1 949	1 974	1 990	1 990	2 008	2 026																																																																																															
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 786	1 819	1 792	1 798	1 832	1 832	1 836	1 856	1 882																																																																																															
• Bruttostundenverdienst insgesamt	-	15,13	15,49	15,35	15,45	15,51	15,56	15,74	15,79	15,77																																																																																															
• Männliche Arbeiter	-	15,59	15,95	15,83	15,91	15,96	16,02	16,21	16,25	16,21																																																																																															
darunter Facharbeiter	-	16,67	17,04	16,94	17,00	17,03	17,12	17,40	17,44	17,42																																																																																															
• Weibliche Arbeiter	-	11,92	12,21	12,09	12,16	12,24	12,27	12,37	12,47	12,55																																																																																															
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,94	11,14	11,04	11,08	11,19	11,18	11,27	11,36	11,48																																																																																															
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)																																																																																																									
• Im Produzierenden Gewerbe	-	3 687	3 746	3 704	3 720	3 758	3 771	3 792	3 822	3 841																																																																																															
• männlich	-	3 941	3 993	3 953	3 969	4 003	4 017	4 039	4 069	4 086																																																																																															
• weiblich	-	2 963	3 044	2 997	3 014	3 059	3 070	3 089	3 119	3 144																																																																																															
• kaufmännische Angestellte	-	3 477	3 531	3 487	3 508	3 542	3 557	3 580	3 605	3 624																																																																																															
• technische Angestellte	-	3 871	3 934	3 894	3 906	3 946	3 959	3 975	4 009	4 030																																																																																															
• In Handel ⁸⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 365	3 448	3 416	3 431	3 451	3 469	3 513	3 531	3 538																																																																																															
• männlich	-	3 725	3 812	3 781	3 788	3 815	3 838	3 893	3 910	3 915																																																																																															
• weiblich	-	2 623	2 692	2 661	2 665	2 696	2 906	2 934	2 950	2 951																																																																																															
• kaufmännische Angestellte	-	3 360	3 442	3 414	3 426	3 443	3 462	3 506	3 520	3 534																																																																																															
• Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁸⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 487	3 562	3 525	3 542	3 569	3 586	3 623	3 646	3 660																																																																																															

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte
neue Daten für Landkreise
und kreisfreie Städte*



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Diskettenversion:

Excel 97-Format

Online:

Excel 97-Format

Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern, für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main.

Die Veröffentlichung enthält aktuelle Daten u. a. zu den Bereichen:

- Gebiet und Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt,
- Bildung und Kultur,
- Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe,
- Gewerbeanzeigen,
- Verkehr, Tourismus,
- Geld und Kredit,
- Steuern, Finanzen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-143

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de

Internet: www.statistik-hessen.de

Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts

Herausgegeben von H. H. Blotvogel, Band 217 der Reihe „Forschungs- und Sitzungsberichte“, LXVI und 331 Seiten, kartoniert, 29,00 Euro, Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover (Eigenverlag), Hannover, 2002.

Das Zentrale-Orte-Konzept (ZOK) gilt als eine der tragenden konzeptionellen Säulen der deutschen Landes- und Regionalplanung. Seit Jahren mehrt sich jedoch die Kritik an der traditionellen Form der Zentrale-Orte Politik, sodass die Frage, welche Rolle das ZOK in der Raumordnungspolitik in der Zukunft spielen kann und soll, derzeit sowohl in der Praxis der raumbezogenen Planung als auch in den planungsbezogenen Wissenschaften sehr kontrovers diskutiert wird. Die Kritikpunkte sind vielfältig: Das Konzept sei überholt, es sei zu starr, es sei wenig wirksam und es stehe im Widerspruch sowohl zu neuen handlungsorientierten Planungsformen als auch zur neuen Leitvorstellung der nachhaltigen Entwicklung. Andererseits wird vielfach die Meinung vertreten, dass mit einer Infragestellung des ZOK ein tragendes Grundprinzip der Raumordnung ins Wanken gerate und deshalb strikt am bisherigen Konzept festgehalten werden müsse. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Praxis der Umsetzung und Ausgestaltung des ZOK in den Programmen der Landes- und Regionalplanung der Länder zunehmend auseinander driften. In dieser Situation entstand in der Ministerkonferenz für Raumordnung eine Debatte über die Frage, ob, inwieweit und in welcher Form das ZOK künftig in der Raumordnung und Landesplanung der Länder ausgestaltet werden sollte. In Abstimmung mit der Ministerkonferenz für Raumordnung hat die Akademie für Raumforschung und Landesplanung deshalb einen Arbeitskreis eingerichtet, der sich mit den Kritikpunkten am bestehenden ZOK und vor allem mit möglichen Ansatzpunkten für die Weiterentwicklung des ZOK auseinandergesetzt hat. Die Ergebnisse werden in dem vorliegenden Band präsentiert. Im ersten Teil wird der wissenschaftliche Kenntnisstand über das ZOK zusammenfassend dargestellt. Der zweite Teil enthält konkrete Empfehlungen für eine zeitgemäße Fortentwicklung des ZOK und benennt offene Fragen für die weitere Forschung. 7119

Druck & Medien Technik

Informationen gestalten, produzieren, verarbeiten. Von H. Teschner, 11. Auflage, 1000 Seiten, gebunden, 75,00 Euro, Fachschriften-Verlag, Fellbach, 2003.

„Wir arbeiten in Strukturen von gestern mit den Methoden von heute an Problemen von morgen vorwiegend mit Menschen, die die Strukturen von gestern gebaut haben und das Morgen innerhalb einer Organisation nicht mehr erleben werden“. Dieses Zitat des Professors für Betriebswirtschaftslehre Kurt Bleicher ist für den Autor ein Indiz dafür, dass sich die Arbeit in der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts neu organisiert. Dementsprechend erfolgte eine völlige Neubearbeitung seines Fachbuchs „Offsetdrucktechnik“ in dem Maße, dass der Titel dieses Standardwerkes in der 11. Auflage in „Druck & Medien Technik – Informationen gestalten, produzieren, verarbeiten“ geändert wurde. Das Buch soll aber weiterhin als Lehrbuch und Nachschlagewerk für die gesamte Druck- und Medienbranche dienen. Ziel war es, eine gut lesbare und das gesamte Berufsfeld umfassende, aktuelle Publikation herauszugeben. Als grundlegendes Fachbuch kann jedoch nicht der Anspruch erhoben werden, dass die top-modernsten Techniken und letzten technologischen Neuerungen berücksichtigt werden. Diesbezüglich wird auf die Fachzeitschriften mit ihren aktuellen Informationen verwiesen. In den ersten Kapiteln gibt der Autor einen kurzen Überblick der geschichtlichen Entwicklung von Druck, Schrift und Bild bis hin zu crossmedialen Prozessen. Weiterhin werden die einzelnen Komponenten der Informationstechnik und die für die Medienproduktion wichtige Farbtheorie beschrieben. Nach diesen einführenden Kapiteln widmet sich der Autor dem Prozess der Entstehung von Medien: Optimale Geschäftsprozesse werden — auch anhand von Beispielen — darge-

stellt und Begriffe aus dem Bereich der Typographie werden eingehend erläutert. Anschließend werden die einzelnen Schritte der Medienproduktion vom Text zum Satz, von der Bildvorlage zum Reproduktionsprodukt bis hin zur Druckformerstellung erklärt. Der Darstellung der Druckvorstufe schließt sich die des Drucks an. Der Autor stellt die unterschiedlichen konventionellen Druckverfahren und den Digitaldruck vor. Sehr detailliert geht er anschließend auf das zur Zeit bedeutendste Druckverfahren, den Offsetdruck ein: Vorgestellt werden die verschiedenen Arten und Produktionsweisen der Offsetdruckmaschinen. Weiterer Punkt ist die Druckpraxis, insbesondere im Offsetdruck. Behandelt werden Themen wie Arbeitssicherheit, Drucktuch und Passer. Ferner werden die Qualitätssicherung und Qualitätsmessung beim Druck erläutert. In den letzten Kapiteln werden ausführliche Informationen zu Druckfarben, Bedruckstoffen sowie der Druckweiterverarbeitung gegeben. Weitere Informationen und Wissenswertes runden das Werk ab: Adressen aus der Druck- und Medienindustrie, eine Übersicht über die für den Print- und Medienbereich wichtigen ISAO-CIE, EN- und DIN-Normen sowie physikalische Größen aus der Drucktechnik und verschiedene nützliche Berechnungsschemata für die Druckvorstufe nebst Abkürzungsverzeichnis. 7122

Wirtschafts-Lexikon

Über 4200 Stichwörter für Studium und Praxis. Von W. Rittershofer, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, LXIX und 1098 Seiten, kartoniert, 20,00 Euro, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 2002.

Dieses kompakte und übersichtliche Wirtschaftslexikon erklärt mehr als 4200 Fachbegriffe aus dem gesamten Bereich der Wirtschaft. Es basiert auf dem Konzept einer integrierten Darstellung und Erläuterung von Stichwörtern aus den Gebieten Wirtschafts- und Finanzpolitik, Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht, Management, Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse und Wertpapiere, Telekommunikation und Internet, Europäische Institutionen und Rechtsbegriffe sowie Umweltrecht und -politik. Es umfasst ein in sich geschlossenes System von Querverweisen, ggf. ergänzt durch weiterführende Internet-Adressen. Die Erläuterungen basieren auf dem Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht mit Stand Mai 2002. Das Lexikon enthält wieder viele neue Begriffe und Anglizismen aus den o. g. Bereichen. Übersichten und Tabellen ergänzen die textlichen Ausführungen, so z. B. zur Funktionsweise der Europäischen Union, zur Organisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften oder zu den unterschiedlichen Rechtsformen öffentlicher Unternehmen. Adressaten des Lexikons sind Schüler der Mittel- und Oberstufen, Studierende der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und Berufstätige mit politischem und wirtschaftlichem Arbeitsgebiet. 7123

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Berufsbildungsgesetz (BBiG) / Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG)

vom 14. August 1969 in der Fassung vom 23. Dezember 1981 mit Kommentar und Nebengesetzen sowie Landesrecht. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. E. Oestreicher, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 162. Erg.-Lfg. vom Januar 2004, ca. 4500 Seiten, in 2 Plastikordnern); 85,00 Euro, Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2004. 3922

Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung

Herausgegeben von Dr. H. H. Eberstein und Dr. H. Kari, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 53. Erg.-Lfg. vom November 2003, 198 Seiten, 46,80 Euro) 2000 Seiten, in 2 Plastikordnern, 174,00 Euro; Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln-Marienburg, 2004. 4050

Kindergeldrecht

Kommentar und Rechtssammlung. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. G. Brandmüller, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 97 Erg.-Lfg. vom Mai 2004, 1 Ordner); 82,00 Euro, Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2004. 4489

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM AUGUST 2004

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar
 @ – im Internet unter www.statistik-hessen.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Die Krankenhäuser in Hessen am 31. Dezember 2002; (A IV 2 - j/02); (K)		5,90 Euro
□, Excel/●, Online		6,00/4,00 Euro
Die beruflichen Schulen in Hessen 2003; Teil 2: Berufsaufbau-, Berufsfach-, Fach-, Fachoberschulen, berufliche Gymnasien; (B II 1 - j/03; Teil 2); (K)		7,00 Euro
□, Excel/●, Online		6,80/4,80 Euro
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2003; Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Förderstufen, Sonderschulen, Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen (Stand: 26. September 2003); (B I 1 - j/03; Teil 1); (K)		9,00 Euro
□, Excel/●, Online		8,40/6,40 Euro
Lehrerinnen und Lehrer an den allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Hessen im Schuljahr 2003/04; (B I 2 und B II 2 - j/03); (K)		5,90 Euro
□, Excel/●, Online		6,00/4,00 Euro
Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Europawahl in Hessen am 13. Juni 2004 (Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik); (B VII 5 - 4/03); (G)		3,10 Euro
□, Excel/●, Online		4,00/2,00 Euro
Die Tätigkeit der Gerichte für Arbeitssachen in Hessen im Jahr 2003; (B VI 4 - j/03); (AGB)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Energieversorgung in Hessen im April 2003; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 4/03)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Energieversorgung in Hessen im Mai 2003; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 5/03)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Energieversorgung in Hessen im Juni 2003; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 6/03)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Energieversorgung in Hessen im Juli 2003; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 7/03)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2004; (E I 1 - m 5/04); (K)		4,80 Euro
□, Excel/●, Online		5,20/3,20 Euro
Verarbeitendes Gewerbe in Hessen 2003; (E I 1 - j/03); (K)		7,00 Euro
□, Excel/●, Online		6,80/4,80 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juni 2004 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 6/04); (K)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Das Handwerk in Hessen im 1. Vierteljahr 2004; (E V 1 - vj 1/04)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Baufertigstellungen in Hessen im Jahr 2003; (F II 2 - j/03); (K)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro

Baugenehmigungen in Hessen im Mai 2004; (F II 1 - m 5/04); (K)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im April 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 4/04)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Mai 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 5/04)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Dezember und im Jahr 2003; (G IV 1 - m 12/03); (G)		7,00 Euro
□, Excel/●, Online		6,80/4,80 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im April 2004; (G IV 3 - m 4/04)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Januar 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 1/2004)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Februar 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 2/2004)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Januar 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 1/2004)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Februar 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 2/2004)		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		4,40/2,40 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Mai 2004; (H II 1 - m 5/04); (Hafen)		3,70 Euro
Die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2003: Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen und sozialpädagogische Familienhilfe; (K V 4 - j/03); (K)		7,00 Euro
□, Excel/●, Online		6,80/4,80 Euro
Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2003 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2003; Teil 2: Empfänger; (K I 1 - mit K VI 1 j/03; Teil 2); (K)		7,00 Euro
□, Excel/●, Online		6,80/4,80 Euro
Verbraucherpreisindex und Messzahlen für die Verbraucherpreise in Hessen im Juli 2004; (M I 2 - m 7/04)		5,90 Euro
□, Excel/●, Online		6,00/4,00 Euro
Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen 1991 bis 2002 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 4 - j/02); (K)		5,90 Euro
□, Excel/●, Online		6,00/4,00 Euro
Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in Hessen 1991 bis 2002 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 5 - j/02); (K)		9,00 Euro
□, Excel/●, Online		8,40/6,40 Euro

Verzeichnisse

Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in Hessen; Ausgabe 2004		13,90 Euro
□, Excel/●, Online		47,50/45,50 Euro
Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen; Ausgabe 2004		5,90 Euro
□, Excel/●, Online		7,00/5,00 Euro
Verzeichnis der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen; Ausgabe 2004		3,70 Euro
□, Excel/●, Online		5,00/3,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden